



stimme

VON UND FÜR MINDERHEITEN

FAMILIE

ZUR KAKANISCHEN UMSETZUNG VON RICHTLINIEN

„Einen Brief befördern, heißt in Österreich einen Brief aufgeben.“ Dieser Aphorismus von Karl Kraus wird derzeit zum juristischen Neuleben erweckt.

Eine Sache umsetzen, heißt in Österreich bekanntlich sich eine Sache anschauen. Genau das ist in der Sache Antidiskriminierung passiert: Die österreichische Regierung hat sich die diesbezügliche EU-Richtlinie, die spätestens bis 19. Juli 2003 umzusetzen wäre, „angeschaut“ und am 15. Juli 2003, vier Tage vor dem Ablauf der Frist, einen Gesetzesentwurf zur Begutachtung vorgelegt – obwohl sie dafür drei Jahre Zeit hatte. Im gut kakanischen Stil wurde damit die „Sache“ in das mediale Sommerloch hinein verschlampt. Gewiß war das ungewöhnliche Tempo, mit dem in den letzten Monaten das sogenannte Budgetbegleitgesetz samt Pensionsreform durchgepeitscht wurde, für die Koalition und die schwarzblauen Abgeordneten anstrengend. Ob die Regierung deswegen auf den Termin für die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie vergessen hat oder ob eine solche Umsetzung auf der berühmten – von der Industriellenvereinigung ohne Schenkungswillen geschenkten – Homepage des Finanzministers keinen guten Link abgeben würde, werden wir wohl nie erfahren. Feststeht jedenfalls, daß sich der EU-Mitgliedstaat Österreich beim Ablauf des Termins halb totgestellt und auch mit dem mangelhaften Entwurf die Absicht gezeigt hat, seinen – gelinde gesagt – unseriösen Umgang mit einer für die Minderheiten äußerst wichtigen Materie fortzusetzen.

Dabei war gerade die Regierungsbildung in Österreich im Jahre 2000 einer der treibenden Gründe für den Rat der EU, sich beim Erlaß zweier Richtlinien zur Antidiskriminierung zu beeilen: der Richtlinie „zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ vom 29. Juni 2000 (die eben im Juli 2003 umzusetzen wäre) und jener „zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ vom 27. November 2000 (letzte Umsetzungsfrist: 2. Dezember 2003). Die erste umfaßt von Beschäftigung über Sozialschutz und Wohnen bis hin zur Bildung nahezu alle

privaten und öffentlichen Bereiche, schränkt ihren Aktionsradius dafür auf die beiden Diskriminierungsgründe „Rasse“ und „ethnische Herkunft“ ein. Die zweite führt Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und „sexuelle Ausrichtung“ als Diskriminierungsgrund an, beschränkt sich hingegen auf den Bereich Beschäftigung und Beruf. Eine „vertikale“ Bestimmung für alle Bereiche und eine „horizontale“ für einen Bereich.

Selbstverständlich kann und soll diskutiert werden, ob diese Begrenzungen im EU-Konzept sinnvoll sind und ob ihre kombinierte Umsetzung den gewünschten Effekt der Nichtdiskriminierung von Minderheiten wird erzielen können. Auch weitere Fragen drängen sich auf. So wird etwa in beiden Richtlinien ausdrücklich erwähnt, daß „unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Staatsangehörigkeit“ keinen Diskriminierungsgrund darstellt, sowie Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen nicht den Gegenstand dieser Richtlinien bilden. Damit wird ein Großteil der MigrantInnen und der Asylsuchenden weiterhin der nationalen Willkür der Mitgliedstaaten ausgeliefert. Auch die Frage, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Antidiskriminierungsbestimmungen notwendig sind, wurde großteils dem Ermessen der Mitgliedstaaten überlassen. Kurzum: Die Richtlinien stellen nicht der Wahrheit letzten Schluß dar. Doch würde ihre Umsetzung einen wichtigen Schritt für eine minderheitengerechte Gesellschaft bedeuten – gerade in einem Land wie Österreich, in dem Antidiskriminierung ein exotisches Fremdwort ist (folgerichtig auch in dem nun vorliegenden Entwurf keine Erwähnung findet) und in dem eine Koalition regiert, die wohl nicht wegen ihrer minderheitenfreundlichen Politik berühmt wurde.

Der vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf des Gleichbehandlungsgesetzes weist wichtige Mängel auf, wie die Grünen und anschließend SPÖ sowie viele NGOs in ihren ersten Reaktionen bemerkt haben. Sie kritisieren das Fehlen der von der EU vorgesehenen Beweislastumkehr und des Verbandsklagerechts im Entwurf ebenso wie die Reduktion der Gleichbehandlungsanwaltschaft auf eine Kann-Bestimmung. Außerdem verweisen die

Grünen darauf, daß im Budget für 2003 und 2004 kein Geld für die Umsetzung der Antidiskriminierungsmaßnahmen vorgesehen ist. (Detail am Rande: Auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums stand noch am 16. Juli 2003 unter dem Titel „Entwürfe“ und über dem Link zum Entwurf des Gleichbehandlungsgesetzes folgender Satz: „Derzeit befinden sich keine wichtigen Rechtsvorschriften in Begutachtung.“ Schlamperei aufgrund einer Fehlleistung? Ein Zeichen für die geringe Wertschätzung von Antidiskriminierung?)

Problematisch ist bereits die Konzeption der rechtlichen Umsetzung: Das bestehende Gesetz, das die Gleichbehandlung von Männern und Frauen regelt, wurde als Hülle genommen, in die die EU-Richtlinie hineingestopft wurde. Die praktischen Konsequenzen dieser Zusammenlegung mehrerer Diskriminierungsgründe werden sich noch weisen. Eines ist aber jetzt schon klar: Für die österreichische Regierung ist Gleichbehandlung gleich Gleichbehandlung – gleich, wen oder warum. Weshalb sich die zusätzliche Arbeit antun, wenn man so was eh scho ham! Auch für das Terminproblem scheint die Regierung ein urkakanisches Rezept entwickelt zu haben: Da beide Richtlinien sowieso im bestehenden Gesetz umgesetzt werden, kann man sie ja als *eine* Richtlinie auffassen und die spätere letzte Frist (2. Dezember) anpeilen. Nur ned hudeln!

Scharf kritisiert wird von der Opposition und den Menschenrechtsorganisationen zudem die fehlende Einbindung der NGOs in die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie. Die Zusammenarbeit mit den NGOs bildet indes einen integralen Bestandteil der beiden EU-Texte. Dabei existiert seit genau fünf Jahren der (vom *Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte* gemeinsam mit unterschiedlichen NGOs ausgearbeitete) Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes in Österreich, der eine gute Basis für die Umsetzung der EU-Richtlinien bilden könnte. Aber die Regierung hat diesen Entwurf bis heute nicht einmal ignoriert. Doch sollten wir vielleicht sogar froh darüber sein. Denn: Ein Gesetz ins Leben rufen, heißt in Österreich ein Gesetz verabschieden.

Hakan Gürses

impresum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, e-mail: initiative.minderheiten@chello.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, e-mail: stimme@chello.at; Chefredakteur: Hakan Gürses; Redaktionelle Mitarbeiter: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Oertl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Isabelle Bene; Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Stefan Nicolini, Marinela Vecerik, Anita Konrad, Kahlauser, mh, ed, M. Fürst; Fotoredaktion: Mehmet Emir; Zeichnungen: Andreas Ohrenschild, Hakan Gürses; Graphische Gestaltung: schultz+schultz-Mediengestaltung; Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566; Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Vida Bakondy (Redaktionsadresse); Jahresabo (4 Hefte): € 14,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.

| | |
|---|----|
| Impresum | 2 |
| Das Humane ist uns fremd, weil es zu einheimisch ist Aslı E. Odman | 4 |
| Die Krise der Familie und die homosexuelle Community Udo W. Häberlin und Hannes Alkin | 6 |
| „Lesben- und Schwulenehe“: Wahlfreiheit statt Bevormundung Kurt Krickler | 8 |
| Runs in the Family? Que(e)r durchs Gemüsebeet Marty Huber | 10 |
| Familie als Schlüssel zur Integration Johannes Pflegerl | 12 |
| Botschaft für die ganze Welt. Ein Nachruf auf Karl Stojka Peter Gstettner | 15 |
| Initiative Munzur Şenol Akkılıç und Sabine Strasser | 16 |
| Groll: Wien-Ottakring, Ludo-Hartmann-Platz Erwin Riess | 18 |
| Tourismus, Rassismus und Sexismus Paul Scheibelhofer | 19 |
| Woher kommt Gewalt? Marinela Vecerik | 20 |
| Brief aus Istanbul Gerald Kurdoğlu Nitsche | 22 |
| Geschehen | 23 |
| Kulturen und Künste | 24 |
| Tips | 27 |
| Kahlausers Tagebuch | 31 |



Thema: Familie

Die Familie als Kerninstitution sozialer und wirtschaftlicher Strukturen hat zwar in den „westlichen“ Gesellschaften viel von ihrer Bedeutung eingebüßt; doch spielt sie nach wie vor – und erneut – eine wichtige Rolle in bestimmten, vor allem in minoritären Kontexten.

Die Niederlassung von MigrantInnen aus außereuropäischen Ländern; der regionale Charakter von Volksgruppen; die Relevanz familialer Strukturen für das selbstbestimmte Leben behinderter Menschen; die Forderung nach der Anerkennung schwuler und lesbischer Lebensgemeinschaften u. a. bilden einige der Kontexte, in denen der Familie eine neue Bedeutung zukommt. Gleichsam wird darin deutlich, daß man den kulturell, traditionell wie sozial unterschiedlichen Konzeptionen und Formen von Familie mit den vorherrschenden Vorstellungen, Lebensräumen und Regelwerken nicht gerecht werden kann.

Hinzu kommt das Problem, daß Familie ein Lieblingsthema konservativer bis reaktionärer politischer Gruppierungen und die Zielscheibe der Gesellschaftskritik durch diskriminierte und emanzipa-

torische Gruppen (Feminismus, „Homo-Politik“) zugleich darstellt.

In diesem politischen Spannungsfeld behandeln die AutorInnen dieser Nummer den Schwerpunkt. Aslı E. Odman stellt in ihrem Essay die Frage, wie die vielgelobten und -gesuchten Tugenden Liebe und Lust respektive die allseits verdamnten Sünden Laster und Lüge wohl aussehen würden, wenn wir sie nicht im Lichte der Familie betrachten würden.

Gleich drei Texte befassen sich mit dem Thema Familie aus queerer Sicht und – wenn auch mit unterschiedlichen Thesen und Konsequenzen – siedeln das Problem im Bereich der Ungleichheiten an: Der Beitrag von Udo Häberlin und Hannes Alkin geht der Verwurzelung der familiären Institution nach und konstatiert einen Erwartungs-Druck, der auf homosexuellen Paaren lastet und sie zu „HeldInnen wider Willen“ macht. Kurt Krickler analysiert nüchtern die Pro- und Contra-Argumente im Hinblick auf die „Homo-Ehe“ und plädiert für eingetragene Partnerschaften aus Gründen des Gleichheitsprinzips. Marty Huber hingegen betrachtet die Familie als eine problematische Einrichtung, ohne dabei den

Leserinbrief

Betrifft: Erwin Riess' Kommentar „Der Kampf ums Pflegegeld“ in STIMME-46

Sehr geehrter Herr Erwin Riess, vielen Dank für Ihren sehr interessanten Artikel. Ergänzend wollen wir darauf hinweisen, daß jene pflegenden Menschen, die seit vielen Jahren in Österreich leben, keine österreichischen Staatsbürger sind, jedoch Niederlassungsbewilligungen haben und Steuern zahlen wie alle anderen, keinen Anspruch auf Pflegegeld haben. An einem konkreten, tragischen Fall haben wir kürzlich erst erlebt, was das für die betroffenen Familien bedeutet.

Renata Erich,
Romano Centro

eurozentrischen Blick unkritisch anzuwenden, und spricht sich gegen die „Homo-Ehe“ aus.

Der Soziologe Johannes Pflegerl geht in seinem Artikel – der gekürzten und überarbeiteten Fassung des Beitrags zum Familienbericht 1999 – anhand einzelner Biografien der Frage nach, was für eine Rolle die Familie in Migrationsprozessen spielt.

WOHIN MIT SOVIEL UNSICHERHEIT? IN DIE FAMILIE!

Aslı E. Odman

Die Familie ist nicht nur in minoritären Kontexten der wichtigste Bezugspunkt, sondern auch in hegemonialen Kontexten (etwa im „global business“). Was macht die Macht der Familie als Denk-, Gefühls- und Organisationsform aus, sodaß „authentische Ursprungsgemeinschaften“ die Regel, also unseren Augen, Ohren und Herzen vertraut/„familiär“ sind und bleiben?

Zuerst war die Familie ...

Bevor über den Menschen, das Humane, die Humanität philosophiert werden kann, oder parallel zu aller Reflexion über das Menschliche, müßte intensive Denkarbeit über die Familie geleistet werden. Nicht im Namen des Untrennbaren, das das soziologische und philosophische Denken eint. Nicht im Namen des Realismus. Sondern im Namen der Verteidigung menschlicher Utopien. Im Namen des einzig legitimen Protektionismus: der Verteidigung unserer Möglichkeit zum Träumen. Denn das Humane ist heute und in unserer heutigen Konzeption der Vergangenheit und Zukunft in Form von Familie organisiert. Wir wüßten einfach nicht, wie es sich ausleben, zeigen, verzweigen, verlieren, vervielfältigen würde, wenn es die „familiären“ Grenzen überschreiten würde ... Diese Möglichkeit der Überschreitung ist ja das Terrain des Utopischen.

Familie nach der Rebellion

Alles ist in Veränderung begriffen. Alles Feste zerschmilzt. Alles Starre löst sich auf. Die Familie nicht. Die Form der Solidarität, die Definition der Liebe und des Tadels, die Grenzziehung, die allesamt nach Organisationsprinzipien der Familie gestaltet sind, wiederholen und verfestigen sich in der gegenwärtigen Konjunktur der neuen Unsicherheiten ... Die Metapher Familie ist nicht nur im sogenannten privaten, post-öffentlichen Leben die allabendliche Organisationsform. Sondern auch im globalen „Business“, das loyale Familienmitglieder verlangt, die sich der *corporate identity* gegenüber konform verhalten und für die ganze Firma Selbstverantwortung übernehmen sollen, etwa nach dem Motto „Wir sind eine große Familie!“ Die *oligopolistische* Organisationsform des Kapitals, die sich gegenwärtig durch Fusionen und Akquisitionen vertieft, operiert interessanterweise intensiver mit der Metapher „Firmenfamilie“. Auch im politischen Leben des globalen Zeitalters, das von der Rückkehr charismatischer Führerpersönlichkeiten, *Paterfamilias* der öffentlichen Sphäre, zeugt.

All dies setzte vor mehr als 30 Jahren ein, als die Fundamente der Gesellschaft durch die 68er Bewegung erschüttert wurden. Diese Bewegung hatte in Form einer dualisierenden Reaktion auch die Familie in Frage gestellt. Wie wir aber im

nachhinein feststellen können, leider nur die sogenannte „bürgerliche“ Familie. Die rebellische 68er Generation hatte in dieser ihrer reaktiven Art die tieferliegenden Wurzeln der Familie als weitgreifende Organisationsform nicht erkannt. Sie hatte geglaubt, durch eine einfache Reaktion gegen die Sexualmoral und die Normen der Familie sei die Emanzipation von ihnen möglich. Daß diese karikaturisierende Form der kritischen Praxis die Familie als umfassendes historisches Organisationsprinzip nicht einmal theoretisch erfassen konnte, ist spätestens für unsere Generation klar, die überall, bei der Arbeitssuche, Partnersuche, Suche nach Glück, Erfüllung und Wertschätzung mit einem Mehr an präkonstruierter Familie konfrontiert wird. Wir, die wir in der Phase geboren sind, in der die 68er in ihrem voluntaristischen Optimismus geglaubt haben, sie würden Gesellschaft und Familie und Staat und Kapital allesamt und auf einmal verändern, sind in Bezug auf die Familie vor ein größeres Problem als vor 30 Jahren gestellt. Das Familienprinzip hat sich wie eine anpassungsfähige Bakterie erhalten, ist erstarkt, und begegnet uns nicht nur in der abendlichen post-öffentlichen Praxis; auf dem Sofa vor dem Fernseher oder auf Familienurlaub. Sie hat sich erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt, der parlamentarischen Demokratie, im intellektuellen und akademischen Leben durchgesetzt. Und wie? In Form von Netzwerken.

Netzwerke, die das Leben regieren

Netzwerke sind Einheiten, die nach dem Prinzip der Familie organisiert sind. Sie geben Urteile ab und verteilen Privilegien nach Vertrautheitskriterien und Sippenangehörigkeit. Sie verteilen Zuwendung, Interesse und Tadel nach intern vorgefertigten Kriterien. Es mag in heutigen Netzwerken oft an einem Paterfamilias fehlen, aber in diesem scheinbar kopflosen Gebäude ist die Macht durch „Technologien des Selbst“ jedem einzelnen Mitglied inhärent. Die netzwerkartige Familie ist selbstregulierend, sie entstammt einem „fortgeschrittenen“ Stadium der bürgerlichen Gesellschaft. Sie bedarf anders als in ihrer Konstituierungsphase keines räumlich und bildlich definierten Zentrums, des Patriarchen. Wir sind alle Patriarchen. Wir sind alle Untertanen. Wir sind alle „Familienmitglieder“. Opfer sind auch Schmiede ihrer Unterwerfung und autoritär, Täter

sind von der Unterwerfung ihrer Opfer abhängig und untertänig. Die Webereien von Textilien standen am Anfang der kapitalistischen Entwicklung; jetzt, im „fortgeschrittenen“ Stadium der Entwicklung, auf das wir nicht nur gehofft haben, sondern auch gedrillt wurden, werden mit derselben Emsigkeit Netzwerke gewebt. So wie es jetzt aussieht, kommt die auf diese Weise zielgerichtet konstruierte „fortgeschrittene“ Zukunft nicht in der erhofften, von allen primordialen und natürlichen Beschränkungen befreiten Form. Menschen haben fleißig daran gearbeitet, die natürlichen Beschränkungen durch immer ausgeklügeltere soziale Formen zu ersetzen. Die Erkenntnis von sozial konstruierten Beschränkungen ist jedoch schwieriger zu erlangen als die Erkenntnis von handfesten, natürlichen Ketten, an die der Mensch einst gebunden war.

Es ist klar, daß diese sozialen Beschränkungen im Endeffekt der Erhaltung einer Klassengesellschaft in erneuerten Formen dienen, deren klassische Definition meiner Meinung nach noch immer gültig ist: eine Gesellschaft, wo Mensch noch immer über Mensch herrscht. Die Angst vor der existentiellen Unsicherheit reproduziert dabei in einem selbstreferentiellen System diese netzwerkartigen Grüppchen, Gruppen und Mega-Gruppen. Es ist klar, daß diese Angst klassenmäßig unterschiedlich verteilt ist und die Angst vor Hunger und Tod etwas anderes ist als die Angst der Mittelklasse vor sozialem Abstieg. Beides ist jedoch funktional für die Reproduktion von sozialen Beschränkungen, die an erster Stelle das Träumen von etwas radikal anderem hemmen, langweilige und gelangweilte „typische Platzhalter“ schaffen. Die gesamtgesellschaftliche Angst wächst parallel zur Verstärkung der Familie als *der* Organisationsform in der Gesellschaft. Dies nimmt in städtischen Ghettos die Form von Ursprungsgemeinschaften auf der Basis gemeinsamer Religion, Ethnie oder Abstammung an. Oder auf der anderen extremen Seite den informellen Absprachen auf dem Niveau der Großwirtschaft, welche hauptsächlich die Weltbörsen und die Bewegung des globalen Kapitals markieren und die der ursprünglichen Anarchie auf dem Markt durch netzwerkartige Organisationen entgegenzuwirken versuchen. Die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und dem Geldmarkt wächst, die aufsteigenden rechtsextre-

men – aber nicht nur sie, auch die etablierten sozialdemokratischen und konservativen – Parteien weisen immer mehr auf ein Sicherheitsproblem als einen der konstituierenden Punkte der politischen Agenda hin ...

Wohin mit soviel Unsicherheit? In die Familie! In den Mutterschoß und die schützenden und kontrollierenden Arme des Vaters.

Was familiär ist, (er)kennen wir nicht

Dies ist kein Plädoyer gegen die „real existierende“ Familie. Dies ist eine Problematisierung der „Familie“ als das hauptsächliche Organisationsmuster in der Gesellschaft. Was hat es zu bedeuten, wenn sich die gegenwärtig durch die Globalisierung bewirkten neuen Unsicherheiten immer mehr in Form von familienförmigen Netzwerken niederschlagen?

Oder zurück zur humanen Möglichkeit zum Träumen: Wir wissen nicht, wie, mit welchen noch nicht gesehenen Farben und ausprobierten Formen die innigsten humanen Erscheinungen auftreten würden, wenn sie nicht in die Zwangsjacke „Familie“ kanalisiert worden wären. Außer in einigen außerordentlichen Momenten wissen wir nicht, was aus Liebe, Laster, Lust und Lüge werden würde, wenn sie nicht in Familienform organisiert worden wären – die vier legitimen „L“, die derzeit dafür eingesetzt werden, die Mauer der Familie hochzuziehen.

Liebe, welche man in der Familie genießt, ist gegeben. Sie ist statisch. Sie hat ihre Daseinsberechtigung an einem Nullpunkt: im Moment des Geborens in die Familie. Das kann das natürliche Geborens in eine Familie oder das sozial kontrollierte und sanktionierte Gewachsensein in ein Netzwerk bedeuten. Die Liebe in einer solchen vordefinierten Form hat keinen Prozeßcharakter. Sie ist da oder nicht. Sie wird dir gegeben oder weggenommen. Sie verlangt Konformität nach einer festgesetzten Mitgliedsidentität. Die Differenz wird solange geduldet, wie sie für das Funktionieren der Gesamtfamilie, des Gesamtnetzwerkes, funktional ist. Die Differenz ist, so paradox das klingen mag, uniformierend und schafft „typische“ Mitgliedsidentitäten. Sie hat mit der funktionalen Differenzierung und Arbeitsteilung der Gesellschaft zu tun, die die menschlichen Formen des Daseins nach einem Großschema präkonstruiert. Die Liebe darin findet brav ihren Weg in diese vorgegossenen Formen. Die Emanzipation, die Menschwerdung durch eigene Erfahrung, die Individualisierung können aber unmöglich funktional festgelegt sein. Wir haben jedoch innerhalb der Logik dieser dominanten Formen bleibend, die Schutz und Kontrolle anbieten, keinen Raum, erfahrend zu



erkennen, wie sich eine nicht funktionale, zeitlich nach außen offene Liebe anfühlen würde. Und da die Liebe ihrem Anspruch nach etwa das Gegenteil von einem anonymisierenden und uniformierenden Funktionalismus verspricht, nämlich die Exklusivität und Unvergleichbarkeit der geliebten Person, ist die Enttäuschung davon ein elementarer Bestandteil der gegenwärtigen menschlichen Existenz. Liebe, Zuwendung und Anerkennung im privaten und öffentlichen Leben, welche dem Familienprinzip folgen, sind auch Ursprung einer quasi vorprogrammierten, in diesem Sinne weiter anonymisierenden Desillusion. Wir wüßten es nicht, wie andere, vielfältigere Illusionen, Träume und Desillusionen sich anfühlen würden, wenn wir uns unter der Liebe etwas anderes vorstellen könnten als das Verständnis davon, das sozusagen „die Welt regiert“.

Laster wird als das Gegenteil von der Tugend, *virtú*, *virilité*, dem Männlichen, in diesem Sinne vielleicht von dem „Ordnentlichen“, „Ordnungsgebenden“ definiert. Also als Flucht aus der Ruhe, Ordnung, Routine und der Sicherheit, die das Letztere anbietet. Sein Charme liegt in diesem Fluchtcharakter. Die konventionellen Räumlichkeiten des Lasters sind per definitionem und in der Praxis außerhalb der Familie. Sie sind die Pubs, Bars, Bordelle, die privaten Treffen, wo Familienfotos runtergenommen werden oder irgendwie deplaziert dastehen. So wie immer, ist der Ursprungsort, aus dem geflüchtet wird, das Bestimmendere für die Flucht, den Flüchtenden und für alles, was er mitnimmt. Ich will dies den „Boomerangeffekt“ der Flucht nennen. Wir wüßten es zumeist nicht, wir wagten uns es oft nicht auszumalen, wie Laster aussehen würden, wenn man diesen Boomerangeffekt voraussehen und ihm entgegenwirken könnte: Also wenn man den Ankunftsort statt den Ursprungsort als Heimat ansehen könnte ... Wenn man die offenen Möglichkeiten im Gastland und nicht die unbeweglichen Träume vom Ursprungsland des lasterbeladenen Immigranten für das Leben und seine Laster ernst nehmen würde ... Es ist schwer, sich im Gastland aktiv und von Null an mit den fließenden Grenzen zwischen Tugend und Laster auseinanderzusetzen, sie neu auszuhandeln. Statt dessen lassen wir Familie als Ort der Tugend und Laster als Nicht-Ort der Tugend definieren. Wie sich das gelebte Leben zwischen diesen zwei de-

finierten Orten tatsächlich abspielt, ist für unsere konventionelle Organisationsform nicht relevant.

Lust: Sie wird in der Familie durch Familienfotos und sonstige Rituale institutionalisiert. Wobei das Interpretationsmonopol über die Vergangenheit durch Familienfotos und die Zukunft durch vorgesehene Zeremonien (die anstehenden Jubiläen, Geburtstage, Weihnachten, Familienfeste ...) festgelegt wird. Die sich außerfamiliär realisierende Lust hat einen negativen Beigeschmack und kommt in seiner hedonistischen Interpretation dem Laster nahe. Also siehe dafür den obigen Absatz.

Lüge. Sie ist eigentlich das Negative des gegenwärtigen Bildes, in das wir geboren sind und das wir mit unserer reinen Existenz bevölkern. Die Lüge gibt Hinweise über die konstruierten Wahrheitsstrukturen, die legitimierte Wahrheitsmacher. Wie wir lügen und warum wir lügen, ist einer der stärksten Indikatoren dafür, welche Wahrheiten wir konstruieren und wie wir sie institutionalisiert haben. Sie und ihre Erkenntnis bei einem Fremden oder in uns selbst sind befreiend, wenn man diese dafür benutzt, die wahrheits-, sinn- und machtreproduzierenden Prozesse zu reflektieren und darauf zu reagieren. Aber die Lüge, wie sie in der Familie anzutreffen ist, ist tautologisch. Sie ist nicht interventionistisch. Sie ist schüchtern, feige und unterwürdig. Sie kann nicht schreien. Ihre Stimme erstickt innerhalb der dicken Wände der Familie und bestätigt deren Funktionsfähigkeit.

Das Humane hat im familiären Rahmen nur eine provisorische Heimat. Es verweilt derzeit innerhalb der dicken Wände der Familie, um einmal zur Bewegung aus ihr heraus ins Weite werden zu können.

Aslı E. Odman ist Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin und arbeitet über die Informalisierung in der Türkei und in Mexiko. odmanasli@yahoo.fr

DIE KRISE DER FAMILIE UND DIE HOMOSEXUELLE COMMUNITY

Udo W. Häberlin und Hannes Alkin

Die (eigenen) Lebensformen werden heute mehr denn je hinterfragt – beziehungsweise bewußt gestaltet. Auch in den „entwickelten“ und „reichen“ Zivilisationen sind wir im gesellschaftlichen sowie sozialen Kontext auf neue Formen des Zusammenlebens angewiesen. Gemeinschaften und kollektives Zusammenhalten werden umso wichtiger, je mehr sich andere Formen der „gewachsenen“ Sozialisation verändern. Dies stellt die Blutsverwandtschaft und ihre Bindungen in Frage, ebenso wie die Seelen-Verwandtschaft „wahre Gemeinschaften“ hervorruft. Homosexuell I(i)ebende wurden oft genug aus ihren (genetischen) Familien ausgestoßen, sodaß sie „historisch erfahren“ sind, was die Suche nach „neuen“ Familien angeht.

Wir leben in Familien. Das ist die in unserem Kulturkreis gängige Vorstellung. Wir wachsen bei den Eltern auf, vielleicht zusammen mit Geschwistern, und wenn wir diese Familie verlassen, dann um eine „eigene“ zu gründen. Mit der Person, die wir geheiratet haben, bleiben wir ein Leben lang zusammen und ziehen unsere Kinder groß, bis auch diese das Haus verlassen und die Tradition fortsetzen. Nicht nur viele gesellschaftliche Institutionen der modernen westlichen Welt – von der Kirche bis zur Bausparkasse – teilen die Leute wie selbstverständlich in Einheiten von Vater-Mutter-Kind(ern) ein. Dieses Bild sitzt tief in den Köpfen der meisten von uns.

Was ist Familie?

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Immer mehr Paare leben ohne Kinder zusammen, immer mehr Kinder wachsen bei einem alleinerziehenden Elternteil auf, immer mehr Leute haben weder PartnerIn noch Kinder. Geschwister sind keine Selbstverständlichkeit mehr, Partnerschaften halten nicht mehr das ganze Leben. Viele Personen leben abwechselnd allein und in wechselnden Beziehungen, mit oder ohne Kinder. Die Familie, wie wir sie kennen, verliert sichtlich an Bedeutung. Woran liegt das? Und wie kennen wir Familie überhaupt?

Ulrich Herrmann umreißt den Begriff folgendermaßen: „Im alltäglichen Sprachgebrauch (...) versteht man heute unter ‚Familie‘ ein mit seinen unselbständigen (leiblichen oder angenommenen) Kindern lebendes Elternpaar. Dies ist – idealtypisch – eine vollständige ‚Kernfamilie‘ (...).“¹

Der Wortgebrauch wird also hauptsächlich durch zwei Aspekte bestimmt: zum einen die Verwandtschaft (die in der Regel doch meist als biologische Verwandtschaft gesehen wird), zum anderen das Zusammenleben. Das Konzept der Familie beruht darauf, daß zwischen beidem ein Kausalzusammenhang hergestellt wird: Das Haus teile ich mit jenen Leuten, mit denen ich verwandt bin. Soziale Strukturen werden aus Verwandtschaftsbeziehungen abgeleitet, und zwar im heute gängigen Fall (Fami-

lie als Kernfamilie ist ein Sonderfall des älteren Konzeptes der Großfamilie) aus ganz bestimmten Verwandtschaftsbeziehungen.

Dieses Konzept beruht auf Vorstellungen des Bürgertums und hat sich im 17. und 18. Jahrhundert ausgebildet.² Es legt für das Individuum fest, welche Beziehungen es in seinem Leben eingeht (ohne eigene Familiengründung keine Einbindung in eine Kernfamilie) und wie es seinen Alltag anhand dieser Beziehungen konstituiert.

Heute hat dieses relativ eng bestimmte Konzept seine normative Kraft verloren und wird nicht mehr unhinterfragt angenommen, wenn es auch immer noch in unseren Köpfen verankert ist. Wir haben die Freiheit, traditionelle Strukturen zu übernehmen, sie zu modifizieren oder nach anderen zu suchen. Daß auch die Verwandtschaft im weiteren Sinn als „Familie“ wahrgenommen wird und einen Haushalt teilen kann, zeigt, daß schon im Grundsatz „Verwandtschaft bestimmt Zusammenleben“ mehr steckt, als es manchmal scheint.

„Andere“ als Alternative?

Allerdings ist die Großfamilie für viele, denen die Kleinfamilie nicht mehr zusagt, auch keine Ideallösung. Alternative Ansätze müssen gefunden werden. Kreativität ist gefragt. In dieser Situation blicken viele hoffnungsvoll auf Gruppen, die bereits „anders“ sind oder als „anders“ gelten. Das betrifft nicht zuletzt Homo- und Bisexuelle, Transgender-Personen etc. In einem Artikel über die „Homo-Ehe“³ weist Rüdiger Lautmann darauf hin, „wie phantasievoll die Homosexuellen darin sind, neue Formen des Zusammenlebens auszuprobieren“, und bemerkt dementsprechend: „Auf die Homosexuellen blicken diejenigen mit einiger Hoffnung, die Privatheit neu organisieren möchten.“⁴ Von denen, die aus dem Schema der Kleinfamilie herausfallen, erwarten sich diejenigen neue Impulse, die nicht mehr bereit sind, sich diesem Schema zu fügen.

Das hat mehrere Gründe. Zunächst ist klar, daß das für eine heterosexuelle

Lebensweise entworfene Schema „Ehe mit gemeinsamen leiblichen Kindern“ unabhängig von aller gesellschaftlichen Benachteiligung gar nicht unverändert übernommen werden kann, selbst wenn das jemand wollte. Homosexuelle Lebensgemeinschaften mit Kinderwunsch müssen Alternativen entwickeln (Adoption, Leiheltern ...). (Die meisten Kinder in homosexuellen Haushalten sind übrigens leibliche Kinder aus früheren Ehen, eine auch bei heterosexuellen Paaren recht häufige Variante). Auch sonst sind Homosexuelle zur Variation der gängigen Formen prädestiniert: Das Modell der ehelichen Partnerschaft beruht auf dem Geschlechterdualismus – vor allem das ist bei Homosexuellen anders. Wo die klassischen Geschlechterrollen nicht unhinterfragt übernommen werden können, bietet sich die Möglichkeit, überkommene Stereotypen aufzubrechen. Auch die Konzeption von Lebensgemeinschaft als Partnerschaft kann leichter um Alternativen (wie etwa Beziehungen zu dritt) ergänzt werden, wenn der Beziehung nicht ein Gegensatzpaar zugrunde liegt.

Zu solchen strukturellen Gegebenheiten kommt die geschichtliche Entwicklung. Denn daß die gleichgeschlechtliche Lebensweise die Normen der Gesellschaft nicht erfüllt, fällt der Gesellschaft nicht erst auf, seit sie ihre Normen selbst in Frage stellt. Wer die herkömmlichen Konzepte nicht unverändert übernehmen kann, dem wurde vielfach versagt, sie für sich zu adaptieren. Infolgedessen wurde nach Möglichkeiten gesucht, völlig neue Konzepte zu entwickeln. Auch heute noch, wo Homosexuelle von der Gesellschaft immer mehr die gleichen Rechte bekommen wie Heterosexuelle, werden freilich viele aufgrund ihrer Homosexualität von der Herkunftsfamilie ausgeschlossen. Das zwingt zur Konstitution völlig neuer Bindungen, wo anderen Leuten die Beziehungen unveränderlich vorgegeben sind.

Die Subkultur als Refugium

Als Reaktion auf die Unterdrückung bildete sich eine Art Subkultur. Viele Homosexuelle führten ein Doppelleben –

das heißt, sie pendelten zwischen einer heterosexuellen, bürgerlichen „normalen“ und einer homosexuellen „anderen“ Welt. Eine homosexuelle Sphäre wurde auch von den Homosexuellen selbst als Gegenwelt zum Herkömmlichen erlebt. Dieses Bild wurde auch nach außen getragen: „Seit die Urninge und Homosexuellen selbstbewußt auftraten, also seit den 1860er Jahren etwa, figurierten sie als die Anderen. Sie durchbrachen die gewöhnlichen Lebensformen und bereicherten produktiv und kreativ alle Gebiete von Kunst und Alltagskultur.“⁵ Der Akzent lag also von Anfang an nicht auf Annäherung an die bürgerlichen Normen, sondern auf deren Infragestellung.

Die Subkultur wurde als ein Refugium erlebt, in dem man sich frei von gesellschaftlichen Zwängen bewegen konnte. Mitglieder begannen auf eigene Faust, neue Lebensweisen zu entwickeln. Wer sich einmal außerhalb der gesellschaftlichen Norm positioniert hatte, entdeckte häufig die Möglichkeit zur individuellen Selbstverwirklichung. So bot die Szene einen Nährboden für Experimente mit alternativen Lebensformen. Während sich in der übrigen Bevölkerung die Ahnung, daß es neben den ausgetretenen Pfaden noch unentdecktes Gelände gibt, nur bei einigen wenigen bemerkbar machte, wurden diejenigen, die an der Szene teilnahmen, bereits vertraut mit der Möglichkeit und Praxis anderer Lebensentwürfe. Das Herkömmliche wird nach Belieben imitiert, variiert oder ersetzt. Deshalb blieb es auch nicht bei „der“ Szene. Ebenso wenig wie von den „Normalen“ lassen sich die „Anderen“ von den Normen der Gleichgesinnten einschränken. Die gleichgeschlechtlichen Lebensweisen sind vielfältig und lassen sich nicht in ein einfältiges Schema pressen. Nicht nur mit dem Finden, sondern auch mit dem Koexistieren von unterschiedlichen Lebensstilen haben sie Erfahrung.

Die Menschen, aus denen sich diese Community zusammensetzt, können das heterozentristische Schema der Kleinfamilie nicht unverändert übernehmen, und lange Zeit wurden sie daran gehindert, es für sich zu variieren. Heute, da ihnen dieses Recht immer mehr gewährt wird, sind sie vertraut mit der Etablierung alternativer Strukturen. Das ist ein Vorteil in einer Zeit, in der sich viele – Homo- wie Heterosexuelle – fragen, ob sie das überkommene Schema überhaupt wollen. Die Gesamtheit der HomoBiTransSonstigen könnte heute als ein Modell einer pluralistischen Gesellschaft im Kleinen betrachtet werden.

Die vertrauten Denkmuster

Allerdings dürfen wir uns auch keine Wunder erwarten. Heute werden die Homosexuellen „bereits enttäuscht

gefragt, ob ihnen denn nichts anderes eingefallen sei, als das überkommene Ehe- und Familienrecht auf sich angewandt zu wissen. (...) Das aliud, das wirklich Andere, scheint verfehlt.“⁶

Auch Homosexuelle sind „nur Menschen“. Die Community bietet zwar eine wertvolle Ressource, aber die Homosexuellen leben nicht nur in der Community. Sie wachsen in derselben Gesellschaft auf wie Heterosexuelle, sind (weitgehend) denselben Sozialisationsmechanismen unterworfen und bekommen dieselben Vorstellungen und Konzepte vermittelt. (Es ist bekannt, welche Schwierigkeiten viele Leute damit haben, ihre eigene Homosexualität mit den verinnerlichten heterozentristischen Normen zu vereinbaren.) Auch beim Thema Familie ist es nicht einfach, aus den vertrauten Denkmustern auszubrechen. Auch die Homosexuellen müssen neue Ideen erst einmal finden.

Aber vielleicht geht es gar nicht notwendigerweise um das grundsätzliche Neue. Schon in der Variation des Bestehenden liegt ein nicht zu unterschätzendes Potential. Viele Homosexuelle leben in „Generationenverhältnissen“ zusammen mit Leuten, mit denen sie nicht biologisch, sondern seelenverwandt sind, übertragen also die Strukturen des Familienkonzepts auf eine handverlesene Gruppe von Personen. Dieses Konzept bewegt sich damit in relativ vertrauten Bahnen, aber dennoch ergeben sich aus dem Umstand, daß man sich die „Verwandtschaft“ aus sucht, statt in sie hineinzuwachsen, weitreichende Implikationen. Überhaupt ist es vielleicht weniger zielführend, nach dem ganz anderen zu suchen, als das Gegebene komplett neu zu überdenken.

Daß tradierte Normen nicht mehr als absolut wahrgenommen werden, eröffnet dem Individuum viele Freiheiten, es stellt uns aber auch vor viele Aufgaben. Lautmann charakterisiert homosexuelle Paare folgendermaßen: „Sie nehmen sich viel mehr Freiheiten heraus, um ihr

Zusammenleben zu gestalten. Oft überwinden sie Grenzen, die für ehern gehalten wurden – etwa der Kulturen, der Generation, der Milieus. Solche Partnerschaften werden dadurch nicht leichter, aber sie sind zukunftsöffener.“⁷ Das gilt nicht unbedingt nur für Homosexuelle: Diese Passage erinnert stark an Beschreibungen postmoderner Lebensentwürfe im allgemeinen.⁸ Wir stehen alle vor ähnlichen Herausforderungen, und wir werden sie gemeinsam am besten meistern. Das Konzept Familie ist heute ein wertvolles Angebot, aber keine endgültige Lösung. Die homosexuelle Welt bietet vielfältige Chancen, aber diese müssen erst genutzt werden. Wir alle müssen heute nach vielfältigen Ansätzen suchen. Die beste Lösung kann nur der/die Einzelne selbst finden.

Udo W. Häberlin ist Leiter des *LesbiSchwulTransGender-Referats der ÖH der TU Wien*. Als Stadtplaner beschäftigt er sich mit *Wohn- und Lebensformen, Gender Mainstreaming und Diversity Participation sowie der Stadtfor schung*.

Hannes Alkin studiert *Germanistik und Philosophie*.

1 Ulrich Herrmann: Familie und Elternhaus. In: Dieter Lenzen (Hg.): Erziehungswissenschaft. Ein Grundkurs. Ffm 1994, 3. Aufl. 2002: 186-204 (hier: 186). Zur Komplexität des Familienbegriffs vgl. Martin Schmidt / Gabriele Vierzigmann: Familienpsychologie. In: Heiner Keupp / Klaus Weber: Psychologie. Ein Grundkurs. Ffm 2001: 167-175.

2 Vgl. Herrmann: a.a.O.: 191 ff.

3 Rüdiger Lautmann: Frauenfußball oder immerwährender Geschlechtsverkehr? Ich und die Homo-Ehe. Zitiert nach: www.homostudien.de.

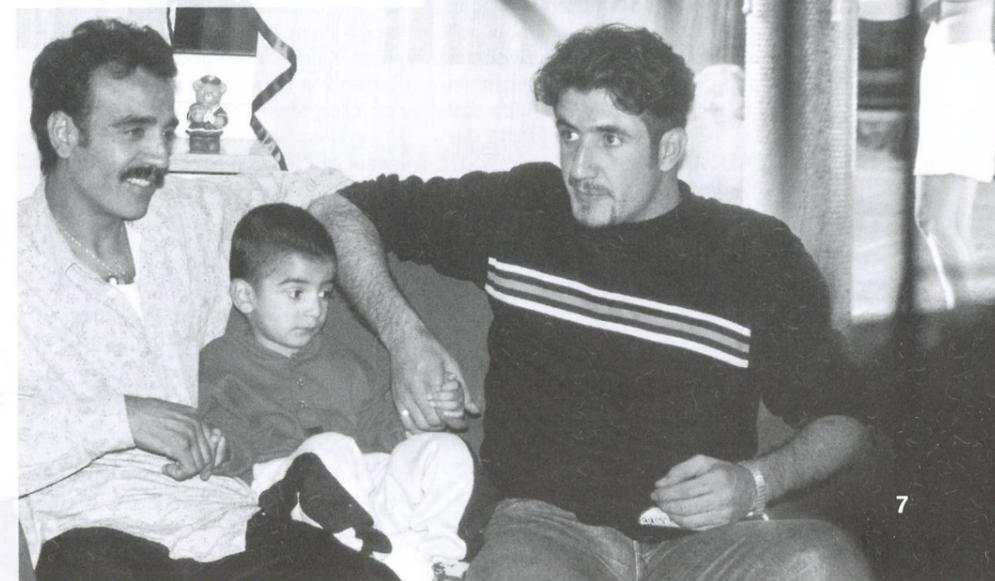
4 ebd.

5 ebd.

6 ebd.

7 ebd.

8 Vgl. Schmidt / Vierzigmann: 168.



„LESBEN- UND SCHWULENEHE“: WAHLFREIHEIT STATT BEVORMUNDUNG

Kurt Krickler

Die Ehe sei eine patriarchale Einrichtung zur Unterdrückung der Frau und völlig unzeitgemäß. Bloß: Würde man es auch wagen, etwa Angehörige ethnischer oder „rassischer“ Minderheiten mit solchen Argumenten davon abzuhalten, ein allfälliges sie betreffendes Eheverbot zu bekämpfen?

Das Recht, eine Ehe einzugehen, und das Recht, eine Familie zu gründen, sind grundlegende Menschenrechte, wie sie von allen einschlägigen Konventionen garantiert werden. Allerdings garantieren diese nicht völlig die freie Wahl des Ehegatten bzw. der Ehegattin. Lesben und Schwulen zwar zu erlauben, gegen ihre sexuelle Orientierung PartnerInnen des anderen Geschlechts zu heiraten, nicht aber jene des eigenen, ist nur zynisch und natürlich eine Verletzung dieses Menschenrechts. Noch hat jedoch kein zuständiger internationaler Gerichtshof das Verbot, eine gleichgeschlechtliche Ehe zu schließen, als Menschenrechtsverletzung eingestuft, aber es kann sich nur mehr um eine Frage der Zeit handeln, bis das geschieht.

Gegenargumente?

In der Tat wurden die letzten ähnlichen Eheverbote längst beseitigt. Dabei soll gar nicht vom Verbot der Ehe zwischen „ArierInnen“ und „Nicht-ArierInnen“ in der Nazi-Zeit die Rede sein. Auch daß noch bis 1967 in rund der Hälfte der US-Bundesstaaten ein Verbot gemischt-rassiger Ehen bestanden hat, kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Und wahrscheinlich – und hoffentlich – wird man in 40 Jahren auch nur mehr den Kopf schütteln, daß gleichgeschlechtliche Ehen in Österreich zu Beginn des neuen Jahrtausends noch nicht möglich waren.

Für Organisationen wie die *Homosexuelle Initiative* (HOSI) Wien ist die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in erster Linie eine grundsätzliche Frage der Gleichheit und damit der

Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen. Auf vehementen Widerstand stößt diese Forderung in konservativen und kirchlichen Kreisen, aber auch in der Lesben- und Schwulenbewegung gibt es – aus unterschiedlichen Gründen – einige Skepsis.

Die Hauptargumente der GegnerInnen sind bekannt: Für sie ist die herkömmliche Ehe eine Verbindung zwischen Mann und Frau, die der Aufzucht von Kindern dient, weshalb sie eine für die Gesellschaft wichtige Einrichtung darstellt und daher Privilegien genießen soll. Auch die Gegenargumente liegen klar auf der Hand: Selbst wenn dies zutrifft, hat die Ehe kein Monopol mehr als Beziehungsform für verschiedengeschlechtliche Paare, die Kinder großziehen wollen. Auch im heterosexuellen Bereich gibt es längst eine große Vielfalt von Beziehungsformen. Außerdem haben nicht alle heterosexuellen Ehepaare Kinder. Aufgrund der absoluten Zahlen von heterosexuellen und homosexuellen Menschen wird die Zahl der kinderlosen heterosexuellen Paare auch immer größer sein als die der kinderlosen homosexuellen Paare. Wo ist das Problem?

Und folgte man diesem Argument, dürfte man heterosexuellen Paaren die Heirat erst erlauben, wenn sie schon mindestens ein Kind haben. Wenn heute zwei 50jährige heiraten, die im Normalfall keine eigenen Kinder mehr bekommen und aufziehen, ist das für die Gesellschaft mindestens so irrelevant, wie wenn zwei Schwule heiraten, die kinderlos bleiben. Dennoch kommen erstere in den vollen Genuß der Rechte

von EhegattInnen, während letztere diskriminiert werden. Wobei hinzukommt, daß natürlich auch schwule Männer und vor allem auch lesbische Frauen durchaus leibliche Kinder haben und erziehen – zumeist aus früheren heterosexuellen Beziehungen, aber auch bewußt und gewollt in ihren gleichgeschlechtlichen Beziehungen.

Bestraft werden Kinder

Hier entlarvt sich auch die Heuchelei der GegnerInnen: Denn in Wirklichkeit bestraft man mit der rechtlichen Nichtanerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen vor allem die Kinder für die sexuelle Orientierung ihrer Eltern. Würde es den GegnerInnen tatsächlich um das Wohl der Kinder gehen, wie sie immer vorgeben, müßten sie eigentlich für die Anerkennung dieser PartnerInnen eintreten, damit die Kinder dieselben Rechte gegenüber beiden Elternteilen haben. Beerbt etwa das Kind die Lebensgefährtin ihrer leiblichen Mutter – beide ziehen das Kind groß –, fällt es in die höchste Steuerklasse, und Pflichtteil hat es ebenfalls keines.

Wenn argumentiert wird, die „Homo-Ehe“ untergrabe die traditionelle Ehe und Familie, kann das wohl nur bedeuten, daß dieses Verbot die Funktion haben soll, Lesben und Schwule in heterosexuelle Ehen zu drängen. Früher hat das sicherlich funktioniert, aber heute leben immer mehr Lesben und Schwule offen. Und will man sie wirklich in heterosexuelle Ehen drängen und damit nicht nur sie selbst, sondern auch noch ihre PartnerInnen unglücklich machen? Gerade noch mehr unglückliche und zum Schei-

tern verurteilte Ehen zu stiften, untergräbt die Ehe als Institution!

Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wird aber auch von manchen Lesben und Schwulen abgelehnt. Sie argumentieren ähnlich dogmatisch und ideologisch wie die konservativen GegnerInnen: Die Ehe sei eine patriarchale Einrichtung zur Unterdrückung der Frau, völlig unzeitgemäß und daher für fortschrittliche Lesben und Schwule alles andere als erstrebenswert. Bloß: Würde man es auch wagen, etwa Angehörige ethnischer oder „rassischer“ Minderheiten mit solchen Argumenten davon abzuhalten, ein allfälliges sie betreffendes Eheverbot zu bekämpfen? Sicher nicht! Genauso wenig würde man wohl etwa Frauen die – ähnlich gestrickte – Argumentation zumuten, sie sollten doch nicht auf Chancengleichheit im Berufsleben bestehen, sondern lieber froh sein, daheim am Herd von der Fron der Lohnarbeit verschont zu bleiben.

Diese Kritik geht überdies von völlig falschen Prämissen aus. Lesben und Schwule sind per se keine revolutionäre Speerspitze gesellschaftlicher Entwicklungen. Im Gegenteil: Sie sind meist überangepaßt – was durchaus verständlich ist, wollen sie doch der Gesellschaft demonstrieren, daß sie trotz ihrer anderen sexuellen Orientierung völlig „normal“ sind. Die Durchschnittshomosexuellen sind genauso spießig wie die Durchschnittsheterosexuellen und wollen in Zweierbeziehungen leben – damit sollten sich auch jene abfinden, die den Mythos von der subversiven und progressiven Macht der Homosexualität aufrechterhalten wollen.

Ehe abschaffen?

Vermutlich will die Mehrheit der Lesben und Schwulen trotz des Wunsches nach einer Zweierbeziehung noch lange nicht heiraten – das beweisen auch die Zahlen aus jenen Ländern, wo die Ehe bzw. Eingetragene PartnerInnen schon länger besteht, und sie werden auch von den fortschrittlichen GegnerInnen stets gegen die „Homo-Ehe“ ins Treffen geführt. Das kann aber nicht das Kriterium sein. Selbst wenn nur ein einziges gleichgeschlechtliches Paar heiraten wollte, würde sich die HOSI Wien dafür einsetzen, daß dies möglich wird. Denn es geht um die prinzipielle Gleichstellung und dieselben Wahlmöglichkeiten, die andere haben. Ob diese Wahlmöglichkeiten dann in Anspruch genommen werden oder nicht, bleibt den einzelnen überlassen.

Solange jedoch viele Rechte vom Familienstand abhängig sind, werden gleichgeschlechtliche Paare von der „Homo-Ehe“ Gebrauch machen müssen, um in den Genuß dieser Rechte zu

kommen. Die in der Praxis bedeutsamsten Fälle sind wohl die erbrechtliche Vorsorge für den Todesfall und die Möglichkeit, dem/der ausländischen Partner/in (aus einem Nicht-EWR-Staat) das Aufenthaltsrecht in Österreich zu sichern. Natürlich könnte man das Pferd von der anderen Seite aufzäumen und fordern, alle an die Ehe geknüpften Rechte abzuschaffen – nur das scheint noch weniger realistisch, als diese Rechte auf gleichgeschlechtliche Paare auszuweiten. In diesem Zusammenhang sollte auch nicht übersehen werden, daß eine Eheschließung oft mit finanziellen Nachteilen verbunden ist – etwa bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen, die sich nach dem Partnereinkommen richten.

Gott sei Dank leben wir in einer Zeit, in der längst auch auf Heterosexuellen kein Druck mehr lastet, unbedingt heiraten zu müssen. In „wilder Ehe“ zu leben oder uneheliche Kinder zu haben ist längst keine Schande mehr, sondern gesellschaftlich akzeptiert. Daher sticht auch jenes von den GegnerInnen aus dem lesbisch/schwulen Lager vorgebrachte Argument nicht, wonach die Einführung der „Homo-Ehe“ zu einer Einteilung in gute (nämlich verheiratete oder zumindest in einer Zweierbeziehung lebende) und schlechte Lesben und Schwulen führen würde. Die Angst, daß dann plötzlich in „schlampigen Verhältnissen“ lebende Homosexuelle scheinbar betrachtet und diskriminiert würden, ist wohl mehr als unbegründet. Jedenfalls ist jede Bevormundung von Lesben und Schwulen – egal, in welcher Form und in welche Richtung und von welcher Seite – abzulehnen.

Form der PartnerInnenenschaft

Für die HOSI Wien stellt sich also die Frage „Homo-Ehe“ ja oder nein“ nicht. Das Ja ist aus den dargelegten Gründen eindeutig. Für die HOSI Wien stellt sich vielmehr die Frage, für welche rechtliche Form der Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenenschaft sie kämpfen soll. Grundsätzlich gilt auch hier: für nichts weniger als die volle Gleichstellung. Bloß: Wäre mit der Öffnung der standesamtlichen Ehe, wie sie derzeit in Österreich rechtlich ausgestaltet ist, Lesben und Schwulen geholfen?

Vor allem ohne Änderung der Scheidungsbestimmungen erscheint es der HOSI Wien nicht opportun, für die Öffnung der Ehe einzutreten, denn damit würde sie tatsächlich an den Bedürfnissen von Lesben und Schwulen „vorbeifordern“. Bekanntlich kann eine/r der EhegattInnen eine Scheidung bis zu sechs Jahre blockieren (siehe Fall Klestil). Unter solchen Umständen würde wohl keine Lesbe und kein Schwuler, die bzw. der halbwegs bei Trost ist, eine

Ehe eingehen. Daher schwebt der HOSI Wien eher ein eigenes Rechtsinstitut vor, das etwa wie in den fünf nordischen Staaten „Eingetragene PartnerInnenenschaft“ heißen kann, grundsätzlich alle Rechte und Pflichten wie die Ehe umfaßt, aber eben adäquatere Trennungs-, Scheidungs- und Unterhaltsbedingungen beinhaltet – eine bessere Ehe also nur für gleichgeschlechtliche Paare. Dies aus Gründen der Wahlmöglichkeiten. Würde dieses neue Rechtsinstitut verschiedengeschlechtlichen Paaren offenstehen, hätten Heterosexuelle erst wieder eine Wahlmöglichkeit mehr. Natürlich muß mit der Einführung der Eingetragenen PartnerInnenenschaft auch die rechtliche Gleichstellung der homosexuellen Lebensgemeinschaft einhergehen, denn daß gleichgeschlechtliche LebensgefährtInnen, die nicht heiraten wollen, dieselben Rechte haben müssen wie verschiedengeschlechtliche, versteht sich von selbst, wobei diese Rechte insgesamt ausgebaut werden sollten.

Voraussetzung für die Umsetzung dieser Forderung ist realistischereweise eine fortschrittliche – also rot-grüne – Mehrheit im Nationalrat. Ist eine solche vorhanden, besteht allerdings auch die Möglichkeit, endlich die Scheidungsbestimmungen entsprechend zu reformieren. Sollte dies geschehen und ein modernes Ehe- und Scheidungsrecht wie in den nordischen Staaten geschaffen werden, dann erübrigte sich natürlich die Einführung einer Eingetragenen PartnerInnenenschaft für gleichgeschlechtliche Paare, denn dann wäre die Öffnung der Ehe auch für Lesben und Schwule eine geeignete Wahlmöglichkeit, der die HOSI Wien zustimmen würde. Solange aber Schwarz-Blau eine Mehrheit im Parlament hat, wird es weder das eine noch das andere geben – und Lesben und Schwule werden weiterhin BürgerInnen zweiter Klasse bleiben.

Kurt Krickler ist Generalsekretär der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien und Vorstandsvorsitzender des 130 Mitgliedsorganisationen umfassenden europäischen Lesben- und Schwulenverbands ILGA-Europe. Ausführliche Infos auf: www.hosiwien.at, Abteilung „Heiraten“.



RUNS IN THE FAMILY? QUE(ER) DURCHS GEMÜSEBEET

Marty Huber

In Wien wird jede zweite Ehe geschieden, und manche Lesben und Schwulen wollen heiraten. Wo bleibt da die radikale Infragestellung der Heteronormen? Was bleibt vom Experimentierfeld, auf dem unterschiedlichste Weisen des Zusammenlebens, des Begehrens, die parodistischen Inszenierungen von Gender erprobt werden, wenn wir dann einfach nach Hause gehen, die Stöckelschuhe und die aufgeklebten Bärte in den Schrank werfen und sagen: „Das war's“?

Hat Familie immer etwas mit Autobiografien zu tun, oder läßt es sich einfach distanziert analysieren? Also bitte entschuldigt einen kurzen biografischen Abstecher: Mich mit „Familie“ auseinanderzusetzen begonnen habe ich ...

Nein, falsch! Oder doch richtig, auseinandergesetzt hat sich meine Familie, oder besser gesagt: meine Herkunftsfamilie, im Sommer 1992. Ich hatte gerade ein unverhofftes Coming Out hinter mich gebracht und haute mit meiner damaligen Freundin auf den Fahrrädern nach Wien ab. Gerade eben die Matura hinter mir, frisch von der Maturareise, und dann das: Die „Schwiegermutter“ hatte einen meiner Briefe gelesen, Briefe, inspiriert vom griechischen Eiland namens Lesbos, das ausgerechnet meine Schulkolleginnen zum Reiseziel ausgewählt hatten.

Flucht nach Wien

So kam es, daß meine Urlaubsstimmung jäh endete und der längste und schönste Sommer zu einer Katastrophe wurde. Uns beiden wurde jeweils angedroht, die (finanzielle) Unterstützung unserer Eltern zu verlieren, insbesondere wenn wir in Wien zusammenziehen würden usw. Das einfachste war auf den Rädern aus dem oberösterreichischen Innviertel nach Wien zu fliehen und ein paar FreundInnen zu besuchen, bei ihnen auch gleich das Coming Out zu erledigen, oder auch nicht, je nach Gefühl, oder besser gesagt: je nach dem Ausmaß meiner Ängstlichkeit oder meines Mutes. Die vehemente Ablehnung meiner Eltern war eine der Bruchlinien, die meine Infragestellung der „heiligen“ Familie enorm beschleunigt haben.

Ich muß ehrlich sagen, ich war wie aus allen Wolken gefallen. Völlig unbedarft, weil Lesben gab es sowieso nicht, wenn, dann hatte ich nur ein paar Schwulenwitze gehört, die am Schulhof kursierten, und was zählt das schon, wenn du verliebt bist. Ein tiefes Bewußtsein aber über die Notwendigkeit, das Verliebtsein einerseits zu verstecken – das gab es auch bei vielen Schulkolleginnen, weil ihre Eltern einfach nichts von diesen Dingen wissen sollten –; andererseits keine Probleme zu haben, wenn die eine bei der ande-

ren übernachtete und wir in einem Bett schliefen (sind ja eh nur Mädchen!). Aber dann war das Geheimnis gelüftet, die Bettdecke weggezogen und die Familie versunken in Tränen der Scham und des Selbstmitleids.

Ich wollte nichts davon wissen, ging nach Wien und versuchte herauszufinden, wie ich das neue Leben als Studentin bewältigen und auch so etwas wie eine neue „Familie“ erfinden könnte. In den folgenden Wohngemeinschaften wurde mir klar, daß es sehr unterschiedliche Sichtweisen zum Zusammenleben gab; manchmal funktionierte es wunderbar, andere Male scheiterten die Versuche aber auch desaströs.

Die westliche Sicht auf Familie

Aber meine Auseinandersetzung fand nicht nur auf dieser persönlichen Ebene statt, sondern auch auf jener der lesbischen-feministischen; und Teil der feministischen Kritik war es, Familie als Ort der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu diskutieren; Familie als Kernstruktur einer patriarchalen Gesellschaft zu analysieren und zu bearbeiten.

Die Forschungsarbeiten für meine Dissertation sowie meine Arbeit bei MAIZ (*Autonomes Migrantinnenzentrum*) in Linz haben mir aber gezeigt, daß dies eine sehr westlich-feministische Sicht auf die Bedeutung von Familie ist, und die Reduktion von Familie

auf eine gewalttätige Struktur erwies sich in anderen Zusammenhängen als inadäquat. Ja, sogar „ur-feministische“ Slogans wie „Das Private ist politisch“ waren in mancherlei Hinsicht deplaziert. Warum, ist einfach erklärt, und das mag vielleicht auch mit ein Grund sein, wieso es in postkommunistischen Ländern eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den westlichen Feminismus gab und gibt. In den kommunistischen Gesellschaften war die Familie der letzte Hort des Privaten, eine Politisierung dieses Hortes stand im Widerspruch zu den Bedürfnissen insbesondere der Frauen. Auch wenn dies aus westlich-feministischer Sicht mithalf, die patriarchale Struktur der Familie zu verstärken. Aber es scheint immer öfter das Gegenteil aufzutreten von dem, was ideologische Systeme sagen, und dem, was sie produzieren. Sehr verkürzt gesprochen – aber vielleicht könnte der Gedanke gerade die Bedeutung von Politik und Familienbildern aufmachen – haben sich sozialistische Regimes für die Abschaffung der Kernfamilie ausgesprochen und sie bestens am Leben erhalten, dagegen die kapitalistischen Regimes, allen voran die USA, das Familienbild hochgehalten und dabei die traditionellen Familienstrukturen nach und nach abgebaut. Auch wenn die Ideologien bestimmte Werte und Ideale vermitteln wollen, so erzielen sie oft gegenteilige Effekte, die jedoch vorerst der Aufrechterhaltung des Systems dienlich sind. Subjektiv betrachtet sind aber die unterschiedlichen Bezugnahmen verständlich.

Eine weitere Sichtweise fand ich in Gesprächen mit Frauen aus der Karibik bzw. Südamerika, die in ihren Familien den nötigen Rückhalt für die Bewältigung des Alltages fanden, sei es im politischen oder im wirtschaftlichen Sinne. Ihre Familien setzten sich auch oft aus verschiedenen Gemeinschaften zusammen und oftmals fehlten die biologischen Väter der Kinder völlig.

Genitalblinder Nachbarkasten

Gut, aber was hat das mit queeren Lebensweisen zu tun? könnte sich der/die LeserIn fragen. „Queer Family“, oder die Homo-Ehe, um das geht es ja wohl, also Lesben und Schwule, die auch als Familien anerkannt werden wollen. Aber welche Familienbilder werden im gleichen Zug angerufen: Das nette schwule Pärchen, das bei Ikea einkaufen geht und sich schließlich für die Birkenküche entscheidet. Traute Zweisamkeit, symbiotische Beziehung unter Lesben, inklusive dem „lesbian bed dead“, also dem langsamen, aber sicheren Entfliehen aller sexuellen Gelüste des monogamen Frauenpaares. So, was noch fehlt, ist das Recht, Kinder zu adoptieren bzw. das Recht, sich befruchten zu lassen, und

dann steht der Anerkennung als richtige Familie nichts mehr im Weg.

Moment! Sagte ich eben „richtige Familie“? Ja, Mann + Frau + Kind = Urmodell. Frau + Frau + Kind bzw. Mann + Mann + Kind = genitalblinder Nachbarkasten. Das soll die heilige Institution Ehe stürzen? Oja, es könnte vielleicht ein paar Erzkonservative erschüttern, aber Papst, Laun und Khol hätten wieder einen schönen Reibebaum, an dem sie sich lustvoll kratzen können. Nein, nein, es geht ja um eine rechtliche Gleichstellung der Lebensgemeinschaften; Besuchsrechte im Krankenhaus, medizinische Entscheidungen für den/die PartnerIn treffen zu dürfen, Erbrecht, Wohnrecht etc. Das sind Bedingungen, die sich zum Teil schon ohne der Institutionalisierung von Homo-Ehen im österreichischen Recht geändert haben, und es ist mehr und mehr möglich, zu zweit einen Mietvertrag zu unterschreiben, bei Gemeindebauwohnungen ist es auch gesetzlich verankert; es gibt die Möglichkeit, eine Patientenverfügung zu verfassen; ein Besuchs„recht“ gibt es gar nicht, es gibt nur die Konvention über die Definition von Verwandten, und der *Rosa Lila Tip* bietet immer wieder Krankenpflegeschulen an, sich dieses Problem von seiten der Stationen anzusehen und sich zu sensibilisieren für unterschiedliche Lebensgemeinschaften. Viele dieser Änderungen betreffen erst die Kommunen mancher Städte, und ich weiß, daß es am Land oft wesentlich schwieriger ist, diese Forderungen auch in eine lebbarere Praxis umzusetzen. Vielmehr fallen diese Punkte unter Fragen eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes, sodaß dann auch gegen Homophobie wie auch rassistische, sexistische und andere Übergriffe vorgegangen werden kann.

Also nochmal, warum sollten Lesben und Schwule heiraten wollen? Vielleicht um wirklich auch Anerkennung und Akzeptanz zu erfahren. Warum heiraten Heteros? Wegen der Romantik, den vielen Geschenken, dem Versprechen, zusammenbleiben zu wollen? Gesellschaftliche Anerkennung, eine eigene Familie gegründet zu haben?

Effekte der „Homo-Ehe“

In Wien wird jede zweite Ehe geschieden, und manche Lesben und Schwulen wollen heiraten. Und viele sagen, sie treten für dieses Recht ein, weil sie finden, daß es grundsätzlich die Möglichkeit geben soll. Ein fadenscheiniges Argument meines Erachtens und auch kontraproduktiv. Denn die Ehe an sich bezweckt ja die Etablierung sowie die permanente Reinstallation bestimmter moralischer Werte. Und ich würde die Effekte einer, wenn auch queeren, Eheschließung nicht unterschätzen, was die Kanalisierung von Begehren bzw. Begehrensstrukturen betrifft. Das die

heterosexuelle Matrix „Entsetzende“ oder das „Versetzende“ von lesbisch-schwulen Liebesweisen geht verloren oder wird zumindest geschwächt. Nicht daß ich nicht weiß, daß lesbisch-schwule Ehen womöglich versuchen würden, andere, offenere Lebensgemeinschaften zu bilden, aber so sieht der/die Mehrheitsheterosexuelle doch nur, was er/sie sehen will: das „gezähmte“ schwule oder lesbische Pärchen, das ganz normale, sprich: der Heteronorm entsprechende, Lebensweisen wählt.

Und somit können sich dann alle Beteiligten zurücklehnen und alles schön beim alten belassen. Wo bleibt da die radikale Infragestellung dieser Normen? Was bleibt vom Experimentierfeld, auf dem unterschiedlichste Weisen des Zusammenlebens, des Begehrens, die parodistischen Inszenierungen von Gender erprobt werden, wenn wir dann einfach nach Hause gehen, die Stöckelschuhe und die aufgeklebten Bärte in den Schrank werfen und sagen: „Das war's“? Okay, genug mit Klischees gespielt, aber verwechseln wir nicht gleiche Rechte mit gleichen Normen! Ich denke, daß es nicht viel Phantasie braucht, um sich eine Vielfalt von Familienformen vorzustellen. Faktum ist vielmehr, daß diese in dieser Vielfalt bereits existieren. Wohngemeinschaften mit Kindern, langjährige Liebesbeziehungen ohne Lebensgemeinschaft, AlleinerzieherInnen, Co-Väter sowie Co-Mütter, polyamoröse FreundInnenschaften, Sex außerhalb einer Beziehung wie auch innerhalb, hetero, hetera, lesbisch wie schwul, trans ...

Nun ginge es eben um die rechtliche Absicherung wie auch um die Gleichstellung in steuerlichen und versicherungstechnischen Bereichen. Eine Möglichkeit wäre, diese Frage nach dem Vorbild des französischen PACS zu diskutieren. Also einem zivilen Sozialpakt zwischen zwei oder mehreren, die eine solidarische Gemeinschaft eingehen. Dieser Pakt muß aber mit den bereits angeführten Kompetenzen ausgerüstet sein, denn schon oft haben sich solche staatlichen Angebote als pflichtenlastig, aber nicht als gleichberechtigt gegenüber der Ehe herausgestellt. Dieser Pakt müßte insbesondere beinhalten, daß auch Drittstaatenangehörige, also nicht ÖsterreicherInnen und nicht EU-BürgerInnen, einen sicheren Aufenthalts- wie einen Arbeitsstatus erhalten. Aber da das noch in weiter Ferne liegt, muß wohl die alte österreichische Tradition „Du glückliches Österreich: Heirate!“ pflegend anderwärts geheiratet werden.

Marty Huber, *Aktivistin im Lila Tip, Lesbenberatung im Rosa Lila Villa, sowie Performancetheoretikerin und Dramaturgin.*



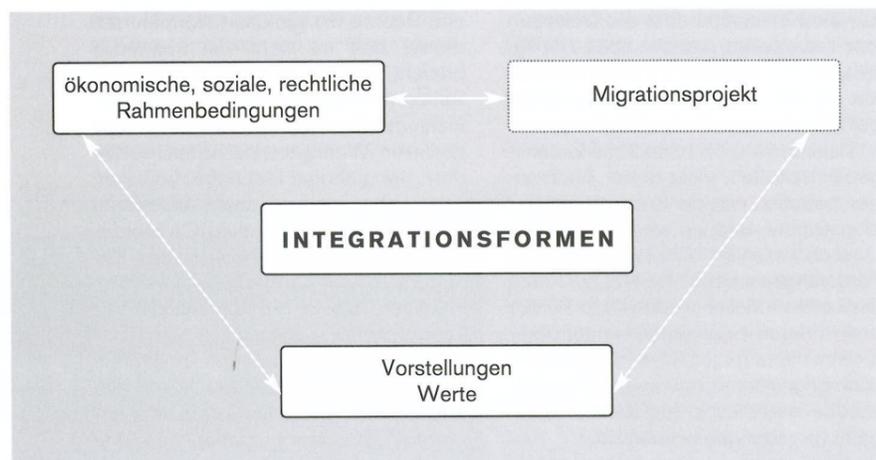
FAMILIE ALS SCHLÜSSEL ZUR INTEGRATION MIGRANTENFAMILIEN IN ÖSTERREICH¹

Johannes Pfelegerl

Der innere Zusammenhalt einer Familie trägt wesentlich dazu bei, schwierige äußere Rahmenbedingungen zu bewältigen. Je stärker die Solidarität in der Familie, desto eher gelingt es, Krisen zu überwinden. Dies erklärt die besondere Bedeutung von Familienangehörigen und Freunden im Kontext der Migration.

Die Dauer des Aufenthaltes von MigrantInnen insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei hat sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Mit der Perspektive, länger als ursprünglich vorgesehen in Österreich zu bleiben, veränderte sich das ursprüngliche Migrationsvorhaben. Die Verlängerung des Aufenthalts veranlaßte viele, ihre Familienmitglieder nachzuholen. Familiennachzug gewann immer mehr an Bedeutung. Er ist einerseits die Folge einer Verlängerung der Beschäftigungsverhältnisse von ZuwanderInnen. Jene, die

namik zwischen zwei Bündeln von Faktoren ab: den in Österreich vorgefundenen Rahmenbedingungen einerseits und ihren eigenen Plänen und Verhaltensweisen andererseits. Dazu zählen Vorstellungen und Lebensweisen, mit denen sie vertraut sind, sowie ihr „Migrationsprojekt“, konkret ihre Absichten und Vorhaben, die sie zur Migration motiviert haben (Pumares 1996: 95, Zanfrini 1998: 50). Aus dem Zusammenspiel zwischen diesen Faktoren entwickeln sich konkrete Formen von Integration in die österreichische Gesellschaft.



längerfristig in Österreich bleiben, wollen ihre Familienangehörige nachholen. Diese Entwicklung hat zu einer dauerhaften Niederlassung von MigrantInnen in Österreich geführt.

Andererseits ist der Familiennachzug die Folge von Krisen in den Herkunftsländern wie etwa dem ehemaligen Jugoslawien, die viele MigrantInnen dazu gezwungen haben, ihre Heimatländer zu verlassen. Der österreichische Gesetzgeber hat darauf mit restriktiven Maßnahmen reagiert. Allein die Tatsache, daß deutlich mehr Anträge auf Familiennachzug gestellt werden, als Plätze in der dafür vorgesehenen Quote vorhanden sind, zeigt, daß ein höherer Bedarf an Familienzusammenführung besteht, als derzeit zugelassen wird.

Familienleben in der Migration – einige Schlüsselaspekte

Die Lebenschancen von Migrantenfamilien im Aufnahmeland hängen von der Dy-

namic zwischen zwei Bündeln von Faktoren ab: den in Österreich vorgefundenen Rahmenbedingungen einerseits und ihren eigenen Plänen und Verhaltensweisen andererseits. Dazu zählen Vorstellungen und Lebensweisen, mit denen sie vertraut sind, sowie ihr „Migrationsprojekt“, konkret ihre Absichten und Vorhaben, die sie zur Migration motiviert haben (Pumares 1996: 95, Zanfrini 1998: 50). Aus dem Zusammenspiel zwischen diesen Faktoren entwickeln sich konkrete Formen von Integration in die österreichische Gesellschaft.

Diese Faktoren haben allerdings eine unterschiedliche Entwicklungsdynamik. Vorstellungen und Werte, sei es von MigrantInnen oder anderen Mitgliedern der österreichischen Gesellschaft, ändern sich langsamer als die wirtschaftlichen oder rechtlichen Rahmenbedingungen. Das Migrationsprojekt hingegen ist ein relativ offenes Vorhaben. Ob sich die ursprünglichen, zum Zeitpunkt der Migration gefaßten Pläne modifizieren, hängt von den konkreten Chancen ab, die ZuwanderInnen oder ihre Kinder in Österreich wahrnehmen können. Daneben steht das Migrationsprojekt einer Familie in Verbindung mit der Entwicklung der sozioökonomischen sowie politischen Situation ihres Heimatlandes. Länger andauernde ökonomische und daher die Existenzsicherung von Familien gefährdende Krisen erschweren jede mögliche Rückkehr in die Heimat und verändern daher das ursprüngliche Migrationsvorhaben.

Die Besonderheit der Migration besteht darin, aus einer gewohnten Umgebung in ein Land zu kommen, in dem vieles neu ist. Sowohl PendlerInnen als auch dauerhaft Zugewanderte müssen sich in einem neuen sozialen Kontext zurechtfinden, in dem Sprache, Normen und Gesetze zunächst meist unbekannt sind. Gewohnte Einrichtungen, wie etwa Amtsstellen, Schulen, Interessensvertretungen etc. funktionieren anders als in der Heimat. Die Umstände der Migration verlangen nach einer gewaltigen Umstellung von Denkweisen und vertrauten Gewohnheiten, die in der Regel nur in Kauf genommen wird, wenn sie unbedingt notwendig ist.

MigrantInnen, die ihr Land verlassen, um für längere Zeit in Österreich zu bleiben, müssen sich nicht nur in einer neuen Umgebung zurechtfinden, sondern auch ihren Alltag und ihr Familienleben umstellen. Zuverlässige Kontakte und Beziehungen helfen nicht nur bei der Neuorientierung, sondern bieten auch emotiven Halt. Zudem gibt es zahlreiche Indizien dafür, daß der innere Zusammenhalt einer Familie wesentlich dazu beiträgt, schwierige äußere Rahmenbedingungen zu bewältigen. Je stärker die Solidarität in der Familie, desto eher gelingt es, Krisen zu überwinden. Dies erklärt die besondere Bedeutung von Familienangehörigen und Freunden im Kontext der Migration. Die äußeren Rahmenbedingungen und das familiäre Leben stehen somit in enger Wechselwirkung zueinander.

Frauen und Männer: Arbeitsbiographien

Die Bedeutung des Geschlechts als identitätsstiftender Faktor erklärt auch dessen soziale Relevanz. Im Unterschied zum Alter oder anderen kulturellen Gegebenheiten ist das Geschlecht das primäre und einzig unabänderbare Zeichen für die Identität eines Menschen. Deshalb zählen die Einstellungen zum Frau- und Mann-Sein zu den grundlegenden, jedes Familienleben definierenden Faktoren. Sie stehen darüber hinaus in engem Zusammenhang mit der Arbeitsaufteilung in jeder Gesellschaft. Dies ist für den Kontext der Migration besonders relevant, da die meisten Zugewanderten ihre Arbeitsbiographie unterbrechen müssen, um diese in einem neuen

Land unter anderen Umständen fortzusetzen. Daraus ergibt sich die Frage, wie Migrationserfahrungen Frauen- und Männerbiographien prägen. Dazu kommt, daß ein Teil der MigrantInnen sich mit den in Österreich verbreiteten Auffassungen von Geschlechterrollen durchaus identifiziert, ein anderer Teil wiederum nicht. Dies führt zu der Frage, welche Wechselwirkungen zwischen einem neuen sozialen und kulturellen Kontext einerseits und familiären Werten andererseits entstehen. Einige Aspekte zu diesen Fragen sollen im folgenden anhand konkreter Arbeitsbiographien von MigrantInnen dargelegt werden.²

Der Zugang zum Arbeitsmarkt

Für Zugewanderte ist es notwendig, in Österreich eine Arbeitsstelle zu finden, nicht nur um sich und die eigene Familie zu erhalten, sondern auch um die im Fremdenrecht vorgeschriebenen Voraussetzungen für eine Aufenthaltsgenehmigung zu erfüllen und damit den Verbleib der Familie auf Dauer sicherstellen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, sind zuverlässige Informationen und Kontaktpersonen entscheidend, da Zugewanderte sich in einem neuen sozialen und oftmals für sie unbekanntem Umfeld orientieren müssen, dessen Sprache sie am Anfang ihres Aufenthalts selten beherrschen. Entscheidend ist, ob sie Unterstützung bei der Arbeitssuche erhalten, sei es durch öffentliche Beratungseinrichtungen oder private Kontakte. Besser ausgebildete MigrantInnen haben es tendenziell leichter, Zugang zu Beratungseinrichtungen zu bekommen und sich in bürokratischen Einrichtungen zurechtzufinden. Aus der Analyse biographischer Interviews mit Migrantenfamilien geht allerdings hervor, daß das Bildungsniveau zwar ein wichtiger, aber nicht der einzige Faktor ist, der über Erfolg und Mißerfolg bei der Suche nach einer Arbeitsstelle entscheidet. Genauso wichtig ist, welchen Grad an Eigeninitiative MigrantInnen bei der Arbeitssuche entwickeln. Dabei zeigt sich, daß unabhängig von der Bildung jene bevorzugt sind, die auf Unterstützungsnetzwerke von Verwandten und Bekannten zurückgreifen können, um Eigeninitiativen entwickeln zu können. Daraus folgt, daß die Kombination zwischen Eigeninitiative und zuverlässigen Kontakten das Wichtigste ist, um überhaupt eine Arbeitsstelle zu finden.

Ob in einer Familie Männer oder Frauen einen Arbeitsplatz suchen, hängt im wesentlichen mit den eigenen familiären Werten, den Vorstellungen und Bedürfnissen im Aufnahmeland einerseits und den vorgefundenen Rahmenbedingungen andererseits zusammen. Tendenzuell ändern sich familiäre Vorstellungen sehr langsam, sodaß in Familien, in denen der Mann der Allein- oder

Hauptverdiener und darüber hinaus der Vertreter der Familie nach außen ist, diese familiäre Rollenaufteilung erhalten bleibt. Zudem erschweren die rechtlichen Bestimmungen die legale Beschäftigung von neu zugewanderten Frauen.

Die Bedeutung der Bildung

In jenen Familien, in denen Arbeits- und Verantwortungsbereiche nicht geschlechtsspezifisch aufgeteilt sind, ist der Faktor Bildung bzw. berufliche Qualifizierung ausschlaggebend für die Chancen von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt.

MigrantInnen mit höherer Bildung erlernen die deutsche Sprache schneller, nicht weil sie prinzipiell begabter sind, sondern weil sie den Wert der Sprachbeherrschung erkennen. Dies erhöht ihre Chancen, einen guten Arbeitsplatz zu finden.

Vergleicht man Arbeitsbiographien von Paaren aus verschiedenen Regionen des ehemaligen Jugoslawien, in denen sowohl die Frau als auch der Mann vor ihrer Migration nach Österreich einen qualifizierten Beruf ausgeübt hatten, dann zeigt sich, daß ihre Eingliederung in den österreichischen Arbeitsmarkt von der konjunkturellen Nachfrage abhängt. Dies soll anhand des Vergleichs von zwei Familien näher dargelegt werden. Die erste kam aus Bosnien. Vor dem Krieg waren beide Eheleute vollzeiterwerbstätig; er als Techniker, sie als Krankenschwester. Beide verdienten ähnlich gut. Nach der Ankunft in Österreich findet er dank seiner Fachkenntnisse rasch eine Arbeitsstelle. Die Ausbildung der Frau hingegen verliert durch die Migration an Wert, da es einerseits in Österreich genügend Krankenschwestern gibt, andererseits weil diese viel weniger Kompetenzen und Verantwortungen hierzulande übernehmen dürfen als in Bosnien sowie in anderen Herkunftsländern von MigrantInnen. Darüber hinaus ist die Frau dazu gezwungen, ihre Ausbildung in Österreich nostrifizieren zu lassen und dabei eine Fachprüfung in einer ihr fremden Sprache abzulegen. Dies bedeutet im Vergleich zur Situation ihres Mannes eine zusätzliche Erschwerung, da er für seinen Beruf nicht denselben Grad an Sprachkenntnissen benötigt.

Im Vergleich dazu erlebte eine Familie aus dem Kosovo genau das Gegenteil. Beide Eheleute sind hoch qualifiziert. Während die technischen Fachkenntnisse der Frau stark nachgefragt wurden, ist der geisteswissenschaftliche Beruf³ ihres Ehemannes kaum von Interesse, da es in Österreich einen



Überschuß an AkademikerInnen mit derselben Ausbildung gibt.

Ähnlich wie in anderen EU-Ländern findet am österreichischen Arbeitsmarkt eine Umstrukturierung statt, bei der bis vor kurzem angesehene Berufe an Relevanz verlieren, während neue an Bedeutung gewinnen. Dieser Wandlungsprozeß sowie das Risiko einer beruflichen Dequalifizierung betreffen alle Erwerbstätige, insbesondere aber MigrantInnen, da die Beschäftigung von ÖsterreicherInnen Vorrang hat (Hofinger und Waldrauch 1997: 86). Der österreichische Arbeitsmarkt verlangt nach Schlüsselkräften oder bietet unqualifizierte Jobs. Bei ersteren sind nicht so sehr das Geschlecht, sondern die Fachkenntnisse ausschlaggebend, eine Beschäftigung zu finden. Dies öffnet Frauen eine Chance, wenn ihre Qualifikation nachgefragt wird und ihre Familien den beruflichen Aufstieg fördern sowie ihre Rolle als Haupt- oder Nebenverdienerinnen anerkennen.

Berufliche Qualifizierung erweist sich somit als zweiseitige Angelegenheit. Einerseits erleichtert sie MigrantInnen, ob Frauen oder Männer, nach der Zäsur der Migration den Umstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt. Gelingt es allerdings andererseits nicht, eine der Ausbildung entsprechende Arbeitsstelle zu finden, dann werden Frauen und Männer mit der Erfahrung sozialer Entwertung konfrontiert. Soziale Entwertung ist keine exklusive Erfahrung von Fachleuten und AkademikerInnen, die keine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle finden. Sie wird generell zur Begleiterscheinung vieler Migrationsbiographien.

Differenzierte Arbeitsbiographien und familiäre Kohäsion

Nicht alle MigrantInnen identifizieren sich in gleichem Maß mit ihrer beruflichen Tätigkeit. Für manche besteht das höchste Ziel darin, eine Beschäftigungsbewilligung zu bekommen, unabhängig davon, welche Tätigkeit sie dabei ausüben.

So beschreibt ein Ehepaar aus Serbien den Anfang in Österreich als ein ständiges Arbeiten „ohne eine Sekunde zu Hause zu sein“. Beide Eheleute ent-

wickelten unterschiedliche Arbeitsbiographien. Während die Frau für ein regelmäßiges Einkommen sorgte, ungeachtet dessen, ob ihre Beschäftigung legal oder illegal war, bemühte sich ihr Mann um eine Arbeitsbewilligung. Dies führte zu einem ständigen Wechsel der Arbeitsstelle. Zeitweise arbeitete er als Koch, dann als Tankstellenbediensteter, später als Gärtner, dann als Mechaniker. Das Muster wiederholte sich solange, bis er als Bauarbeiter eine Arbeitsgenehmigung erhielt. Bald darauf bekam diese auch seine Frau. Der ganze Prozeß von der Ankunft bis zum Erhalt der Beschäftigungsbewilligung dauerte einige Jahre. Heute tragen sie beide in gleicher Weise zum Erhalt der Familie bei. Als Preis für die Migration verließ er seine im Heimatland ausgeübte Fachtätigkeit. Seine Frau wiederum mußte eine Doppelbelastung – Haushaltsarbeit und Vollbeschäftigung – in Kauf nehmen. Im Unterschied zu den vorher erwähnten AkademikerInnen mißt dieses Ehepaar dem Beruf als solchen keinen besonderen Wert bei. Die Arbeit in der Fremde hat einen vollkommen funktionalen Charakter. Dies ermöglicht ihnen ein sicheres Leben in Österreich und auch einen ständigen Kontakt mit ihrer Heimat, in der sie tief eingewurzelt sind.

Das Migrationsprojekt ist in diesem Falle von beiden Eheleuten mit einem hohen Ausmaß an Konsens übernommen worden. Ihre Zielsetzungen waren sehr klar, und die gemeinsam vorgeordnete Strategie wurde konsequent durchgeführt. Die Kohäsion der Familie hat zweifelsohne zum Gelingen ihres Migrationsprojektes beigetragen.

Die Frage, die offen bleibt, ist, wie sich die Interessen, das Familienleben und die Identifikation mit dem Aufnahmeland auf Dauer entwickeln, wenn die Arbeitsbiographie einer Familie einen anderen als den geplanten Verlauf nimmt. Dies kann Anlaß für familiäre Konflikte sein. So beobachten SozialarbeiterInnen, wie Frauen aus Arbeiterfamilien mit sehr traditionellen Geschlechterrollen, welche zu Hause bleiben bzw. einen zusätzlichen Beitrag zum Erhalt der Familie leisten, auch bedeutsame Aufgaben etwa beim Umgang mit Behörden übernehmen, wobei oftmals ihr vorher nicht vorhandenes Mitspracherecht wächst.

Insgesamt lassen sich bei der Analyse konkreter Familien aus unterschiedlichen Ländern mit differentiellen sozialen Merkmalen Indizien für Zusammenhänge zwischen Unzufriedenheit mit der beruflichen Situation, Modifizierung von vorgegebenen Frauen- und Männerrollen und Integrationschwierigkeiten im Aufnahmeland insbesondere bei Männern erkennen. Zudem gibt es klare Anzeichen für die Bedeutung des Zusammenhalts innerhalb von Familien.

Welche Integration?

Fazit: Bedingt durch einen verstärkten Familiennachzug sind Migrantenfamilien in der österreichischen Gesellschaft präsenter geworden. Soziale Orte, an denen ZuwanderInnen sich aufhalten, sind nicht mehr nur der Arbeitsplatz und vereinzelte Wohnorte wie ganz zu Beginn der Arbeitsmigration in den 60er Jahren, als vorwiegend junge Männer nach Österreich kamen. Zuwandererfamilien werden in den letzten Jahren immer stärker zu aktiven Teilhabern an der sozioökonomischen Infrastruktur in Österreich. In den Gemeinden werden sie als Wohnungssuchende, Konsumenten, Kranke, etc. sichtbar und stellen damit unterschiedlichste Institutionen vor neue Herausforderungen. Durch die Familieneinwanderung haben sich die Folgeprobleme der Migration verändert. Aufgrund der stärkeren Präsenz von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen aus anderen Ländern gewinnt die Frage nach deren Integration immer mehr an Bedeutung.

Es fragt sich nur, worin diese Integration besteht. Die Migration erscheint als ein biographischer Abschnitt, insofern Leute, die ihr Land verlassen haben, in der Aufnahmegesellschaft mit neuen Herausforderungen konfrontiert werden. Dies hat Konsequenzen auf das familiäre Leben, auf die Geschlechterrollen, die Generationenbeziehungen und die Verwandtschaft.

Unter dieser Perspektive erscheint die Integration von zugewanderten Familien als ein Prozeß, in dem das ursprüngliche Migrationsprojekt neu definiert wird, während sie sich ein neues Leben im Aufnahmeland aufbauen. Dieser Prozeß resultiert aus der Dynamik zwischen Rahmen- und Lebensbedingungen, welche die Aufnahmegesellschaft anbietet, und den Ressourcen – unter anderem auch kultureller Art –, über die Migrantenfamilien verfügen.

Aus diesen Gründen kann das neu aufgebaute Leben von Zuwandererfamilien ein unterschiedliches Aussehen haben. Verschiedene Formen von Integration sind möglich. Im Vordergrund steht nicht so sehr die Frage, ob sich Migrantenfamilien in Österreich integrieren (sie tun dies sowieso, wenn sie hier bleiben), sondern vielmehr ob jene Formen von Integration, zu denen Familien kraft der Umstände und durch die eigenen Ressourcen kommen, positiv für sie und auf Dauer auch für die übrige österreichische Gesellschaft sind. Viele Migrantenfamilien bleiben in Österreich und holen ihre Verwandten nach, wobei die Anzahl von Frauen und Kindern zunimmt. Und diese „psychische Erwartung“ ist „ein Wesenszug, auf dem ein Projekt des Zusammenlebens basieren kann (...). Familien mit Kindern, verheiratete Leute, erwerbstätige Frauen bil-

den kein aggressives Profil, sondern vielmehr die Voraussetzungen für den Aufbau eines respektvollen und friedlichen Zusammenlebens“ (Izquierdo Escribano 1996: 267).

MigrantInnen sind keine passiven Objekte einer bestimmten Behandlung. Sie sind aktive MitgestalterInnen ihres Lebens. Anhand der Rekonstruktion von Migrationsgeschichten in Österreich zeigt sich die multidimensionale Integrationskraft der Familie, wie auch Studien in anderen Aufnahmeländern belegen (Izquierdo Escribano 1996; Pumares 1996; Dietzel-Papakyriakou 1993). Die Solidarität zwischen PartnerInnen, zwischen Generationen und Verwandten trägt dazu bei, schwierige Situationen in Österreich zu überwinden. Schwierige äußere Lebensbedingungen können das Integrationspotential von Familien schwer beeinträchtigen. Daher stellt sich die Frage, inwieweit die politischen Richtlinien der Aufnahmegesellschaft dieses Potential von Familien fördern, inwieweit sie diese schwächen. Unter Berücksichtigung der derzeitigen sozioökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich ist eher davon auszugehen, daß das Integrationspotential von Migrantenfamilien nicht gefördert, sondern geschwächt wird.

Johannes Pflegerl ist
Soziologe in Wien.

¹ Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung des Artikels: Paloma Fernández de la Hoz und Johannes Pflegerl (1999): Familie als Schlüssel zur Integration. In: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie: 4. Österreichischer Familienbericht: Familie – zwischen Anspruch und Alltag. Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. Wien: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie. Die Wiederveröffentlichung erfolgt mit Genehmigung des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.

² Diese Interviews wurden im Rahmen des vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Fremdenfeindlichkeit“ in Auftrag gegebenen Projekts „Migrantenfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei in Österreich“ durchgeführt.

³ Ausbildung und Berufe wurden verändert, um die Anonymität der befragten Personen zu schützen.

Literatur:

Dietzel-Papakyriakou, Maria (1993): Altern in der Migration. Die Arbeitsmigranten vor dem Dilemma: zurückkehren oder bleiben. Stuttgart: Enke Verlag
Hofinger, Christoph & Waldrauch, Harald (1997): Einwanderung und Niederlassung in Wien. Wien: Institut für Höhere Studien
Izquierdo Escribano, Antonio (1996): La inmigración inesperada: la población extranjera en España, 1991-1995. Madrid: Editorial Trotta
Pumares, Pablo (1996): La integración de los inmigrantes marroquíes. Familias marroquíes en la comunidad de Madrid. Barcelona: Fundación „La Caixa“
Zanfrini, Laura (1998): Leggere le migrazioni. I risultati della ricerca empirica, le categorie interpretative, i problemi aperti. Milano: Franco Angeli

BOTSCHAFT FÜR DIE GANZE WELT EIN NACHRUF AUF DEN MALER UND SCHRIFTSTELLER KARL STOJKA Peter Gstettner

Prof. Karl Stojka starb am 9. April 2003, einige Tage vor seinem 72. Geburtstag. Seine Geschichte vom Feuer und von den Sternen ist seine Erinnerungsbotschaft an uns.

„A Letter To The Stars“ war die letzte große Aktion, mit der Karl Stojka der Jugend voranging, um ihr die Augen für die Geschichte des Holocaust zu öffnen und um ihr einen Weg für die Zukunft zu weisen: Wachsam sein gegenüber Nationalismus und Rassismus, Engagement für die Schwachen und Ausgegrenzten, Aufstand für Humanität und Freiheit, Widerstand gegen das Vergessen und Verdrängen, gegen das Umschreiben der Geschichte. Kein noch so tiefgreifendes Erschauern vor der unvorstellbar großen, aber stets anonym bleibenden Opferzahl sollte verhindern, uns von der Leidensgeschichte jedes einzelnen Menschen berühren zu lassen. Die Geschichte des Holocaust ist und bleibt eine von Erinnerung, Trauer und Tränen.

In den Fängen der Häscher

Karl Stojka war zwölf Jahre alt, als ihn die Nazis in der Schule verhafteten. Die Wiener Gestapo ließ ihn für ihre „Verbrecherkartei“ fotografieren. Das Foto, eines von Tausenden Bildern, alles Profil-, Seiten- und Frontalansichten unschuldiger Menschen, kann uns heute noch bewegen. Kinderaugen blicken uns an, fragend, was dies wohl bedeuten mag, zweifelnd, ob das wirklich geschehen darf, neugierig, ob es wirklich niemanden gibt, der das Unrecht erkennt, niemanden, der ihn und die Seinen aus den Fängen der Häscher und Henkersknechte befreit.

Nein, es gab damals niemanden, der sich für „Zigeuner“ einsetzte. Kein Erbarmen für „Zigeuner“. Sie waren ins KZ einzuweisen. Karl wurde nach Auschwitz-Birkenau deportiert, 17 Tage vor seinem zwölften Geburtstag. Es folgten zwei Jahre Überlebenskampf und Todesangst. Zwei Jahre Zwangsarbeit in mehreren Konzentrationslagern. Mit 14 Jahren befand sich Karl auf dem Todesmarsch vom KZ Flossenbürg ins Ungewisse. Das Ungewisse wurde zu seiner Befreiung. Am 27. April 1945 befreite die US-Armee die Todeskarawane. Karl Stojka war längst kein Kind mehr. Er hatte alles gesehen und erlebt, was man heute keinem Erwachsenen zumuten würde, grauenvolle Verbrechen, Massenmorde und Massaker, die nicht einmal der schrecklichste Horrorfilm darzustellen vermag.

Noch 50 Jahre später wird Karl Stojka von den Nach-Bildern dieses realen

Horrors verfolgt und gepeinigt. Der Holocaust ist für ihn, wie für die meisten Überlebenden, stets gegenwärtig. Juden – Karl Stojka nennt sie liebevoll „die gelben Sterne“ – und „Zigeuner“ sprechen immer noch vom Feuer, das sie nicht vergessen können. Es war das Feuer, das meterhoch aus den Schornsteinen der Krematorien loderte.

Schwarze Seele der Mörder

Und noch etwas hat sich bei Karl Stojka ins Gedächtnis eingebrannt. Es waren „die Sterne“, die auf ihrem letzten Weg vor seinen Augen vorbeigetrieben wurden: „Das Familienlager der Zigeuner war zirka 300 Meter vom Krematorium 4 entfernt, und vor unserem Lager-Haupttor sind sie Tag und Nacht vorbeimarschiert. Es waren Menschen, junge, alte, kranke, alle hatten einen gelben Stern, und keiner kam die Straße wieder zurück – denn Hitlerdeutsche, Nazis verbrannten alles, was einen gelben Stern trug, das Krematorium brannte sehr hell, und es stank nach Menschenfleisch.“

Für Karl Stojka, der damals für die Nazis nur eine Nummer war, die Nummer Z:5742, sind Feuer und Sterne die symbolträchtigsten Zeichen seines Lebens geworden. Das Rot und das Gelb finden sich auch als leuchtende Farben in den Bildern, die er gemalt und über die er uns einen Teil des Holocaust-Schreckens mitgeteilt hat. Schwarz lehnte er stets ab. Schwarz war der Rauch, der zum Himmel stieg. Schwarz war die Seele der Mörder. Dunkles Schwarz verwandelte sich in immer helleres Grau. Fast weiß wie Schnee fiel schließlich der Rauch des Krematoriums als Knochenasche wieder zur Erde – „und die gelben Sterne stiegen in den Himmel empor“.

Das Bedrohliche und das Hoffnungsvolle, diese beiden Momente waren in seinem Leben immer eng miteinander verbunden. Ja, auch das Hoffnungsvolle gehört zur Botschaft, die uns Karl Stojka hinterlassen hat. Das unauslöschlich Bunte und Helle des Lebens, das sind die Blumen dieser Erde und die Sterne am Himmel. Die Blumen kommen jedes Jahr wieder, und die Sterne bleiben Jahrtausende am Firmament.

Geschichte von Feuer und Sternen
Ungezählte Sinti und Roma wurden ermordet, Millionen der „gelben Sterne“ wurden vernichtet. Als einzelne Men-



Foto: Mehmet Emir

schen werden sie aber in unserer Erinnerung weiterleben. Karl Stojkas Botschaft an die Welt ist wie ein Zeichen am Himmel. Als Stern am Himmel leuchtet sie bis in die Ewigkeit. Das war sein Wunsch bis zuletzt.

Prof. Karl Stojka starb am 9. April 2003, einige Tage vor seinem 72. Geburtstag. Seine Geschichte vom Feuer und von den Sternen ist seine Erinnerungsbotschaft an uns. Alle Geschichten, die wir in diesen Tagen und Wochen als „Briefe zu den Sternen“ senden, sind Zu- und Nachrufe an Menschen, die wir nie vergessen werden, weil sie Menschen waren und weil sie in einer Zeit gelebt haben, die Menschlichkeit zu tiefst verachtete.

Ich bin sicher, daß auch Karl Stojka viele Briefe empfangen wird, wenn er im Himmel bei seinen geliebten Sternen weilt. Und seine Blumen kommen nächstes Jahr bestimmt wieder.

Peter Gstettner ist Professor an der Universität Klagenfurt.

Karl Stojka hatte an der Universität Klagenfurt seine KZ-Bilder vom 8. bis 21. Mai 2001 im Rahmen der Ausstellung „Mein Name war Z:5742. Schreckensbilder der Erinnerung an den Holocaust“ gezeigt. Im Juni 2003 war die Ausstellung an der Universität Innsbruck zu sehen

INITIATIVE MUNZUR UMWELTPOLITISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT ODER TRANSNATIONALE POLITIK VON WIENER KURDINNEN UND KURDEN? Şenol Akkılıç und Sabine Strasser

Transnationale Politik umfaßt sowohl direkte als auch indirekte politische Partizipation im Herkunftsland und Versuche, Institutionen im Aufnahmeland durch externe Kenntnisse zu beeinflussen. Ein aktuelles Beispiel.

Von der europäischen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet versucht die Türkei derzeit, die Beitrittschancen zur EU auch über ihre MigrantInnen zu erhöhen. Während der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates durch

vistInnen, um die Politik in der „Heimat“ zu beeinflussen; der Versuch von Politikern aus der Provinz Tunceli, MigrantInnen in Europa zur Unterstützung der Entwicklung ihrer kurdischen Herkunftsregion zu bewegen; oder internationale Politik von AkteurInnen mit lokalem Wissen an mehreren Orten – all diese Beschreibungen treffen auf die Veranstaltung der *Initiative Munzur* am 4. April 2003 im „Star Düğün Sarayı“ (Kolpinghaus, Wien 6) zu. Was auch immer die treffendste Charakterisierung dieser Veranstaltung aus den jeweils unterschiedlichen Perspektiven der AkteurInnen sein mag, im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion stand die Beteiligung österreichischer Firmen an Staudammprojekten am Fluß Munzur, Provinz Tunceli in der Osttürkei, und die Möglichkeiten, die Finanzierung der Bauvorhaben durch österreichische Exportförderung zu verhindern. Ungefähr 300 BesucherInnen versammelten sich im sonst meist für Hochzeiten genutzten Saal des Kolpinghauses, um mit dem Bürgermeister von Tunceli, Hasan Korkmaz, und der Nationalratsabgeordneten und außenpolitischen Sprecherin der Grünen, Ulrike Lunacek, zu diskutieren.

Wasser als Mittel der Politik?

Geht es nach den Plänen der türkischen Regierung, so werden in der Provinz Tunceli – bekannter unter dem kurdischen Namen Dersim – in den nächsten Jahren acht Staudämme auf eine Flußlänge von 144 Kilometern gebaut. Derzeit ist ein Konsortium, bestehend aus der amerikanischen Firma *Stone & Webster*, den türkischen Partnern *Ata inşaat* und *Soyak* sowie den österreichischen Unternehmen *VA Tech Elin*, *VA Tech VOEST MCE* und *Strabag*, von den türkischen Behörden mit der Planung des Kontakte Dams beauftragt. Der Vertrag wurde im März 2002 in Washington unter Anwesenheit des US-Energieministers feierlich unterzeichnet und wird mit 10 Millionen Dollar bewertet. Die Baukosten von Kontakte werden mit ca. 350 Millionen, die von den acht Staudämmen mit 2 Milliarden Dollar veranschlagt. Anträge an *Export Credit Associations* wie die Österreichische Kontrollbank zwecks Exportförderung³ liegen

derzeit noch nicht vor, sind aber zu erwarten.

Bis zu 40.000 Einwohner müßten bei der Verwirklichung der Projekte ihre Dörfer verlassen. Verbindungswege innerhalb der Provinz würden überflutet und dadurch Kommunikation und Transport erschwert. Bienen- und Viehzucht bilden die Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung. Die massiven Eingriffe in den Wasserhaushalt würden die Nutzbarkeit der Landschaft beeinträchtigen und vermutlich eine neuerliche Abwanderungswelle auslösen.⁴ Der erste in der Türkei gegründete Nationalpark würde gefährdet und damit seine seltene und zum Teil einzigartige Flora und Fauna. Zudem sind wichtige rituelle Stätten bei einer Flutung betroffen.

Die Staudämme würden zusammen weniger als einen Prozent des türkischen Strombedarfs abdecken. Der Schluß liegt nahe, daß es sich bei diesem Bauvorhaben tatsächlich weniger um Energie- als um Umsiedelungspolitik und damit um Kontrolle über die nicht ausreichend fügsame kurdisch-alevitische Bevölkerung der Region handelt.

Die Bevölkerung im Munzur, so betonte Bürgermeister Hasan Korkmaz in einer Pressekonferenz, wurde von staatlicher Seite bis jetzt nicht ausreichend informiert, sie ist aber gegen den Bau der Dämme: „Wir sind nicht prinzipiell gegen Staudämme, und die demokratisch eingestellte Bevölkerung hat auch zwei Kraftwerke in unserer Region ohne Widerspruch hingenommen. Doch die weiteren Dämme werden wir mit Mitteln, die uns im Rahmen der Gesetze und der demokratischen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, bekämpfen. Schließlich geht es um eine Naturschönheit, deren Zerstörung nicht nur für die Provinz, sondern für die Weltgesellschaft einen großen Verlust darstellt.“ Korkmaz wundert sich auch über Terminänderungen, wodurch die Bauvorhaben im Munzur gegenüber 61 anderen Projekten in der Türkei vorgezogen wurden. Er fordert PolitikerInnen und NGOs in Österreich auf, die Beteiligung österreichischer Firmen an diesen Projekten, insbesondere die Exportförderung, zu verhindern.

Translokale Beteiligung un/erwünscht

Die politischen Vertreter der Provinz Tunceli haben Abgeordnete des Parlaments in Ankara mit ihrer Kritik befaßt, haben Unterschriftenlisten organisiert, haben alle Dersim/Tunceli-Vereine in der Türkei und in Europa informiert. Zahlreiche Internetseiten kurdischer Gruppen in der Türkei und in Europa berichten über das Munzurta⁵ und rufen zur Verhinderung der Staudämme auf. *Greenpeace* und *WWF* sowie Wasserschutzorganisationen warnen vor den Umweltschäden durch den Bau der Staudämme.⁶ Mit seinen Reisen durch Österreich und Deutschland versucht der Bürgermeister, die Allianzen zwischen lokaler Bevölkerung und den abgewanderten *Dersimliler* zu stärken.

Alle AktivistInnen der *Initiative Munzur* sind in der Provinz Tunceli geboren, argumentieren aber als österreichische StaatsbürgerInnen mit globalen Umweltschutzverträgen und Menschenrechtskonventionen gegen die österreichische Beteiligung. Viele WienerInnen aus Dersim haben Verwandte in der Region, fahren im Sommer dorthin auf Urlaub, andere besitzen oder erben Land und Häuser. Die Geschichte des Widerstandes gegen die türkische Regierung seit den 30er Jahren scheint viele MigrantInnen aus Dersim zudem, unabhängig vom derzeitigen Wohnort oder ihrer sozialen Position, durch ihr Interesse an der Entwicklung der Region politisch zu verbinden.

Nurhan Motugan, Vorstandsmitglied der türkischen Baufirma *Ata inşaat*, beschränkt sich genau über diese translokale Beteiligung an der Debatte. In einem Interview beklagt er neben der Tatsache, daß die Gewinne ohnedies die ausländischen Firmen machen werden, vor allem, daß Menschen, die nicht in der Region leben, den Widerstand eigentlich tragen und die lokale Bevölkerung beeinflussen (Energate 08/2002). Es scheint ihm bewußt, daß genau diese translokale und transnationale Beteiligung den Bau der Dämme ernsthaft gefährden kann. Es werden nicht nur Kooperationen zwischen den Heimatvereinen und der Provinz hergestellt, es werden auch die Regierungen anderer Länder⁷ auf die Probleme aufmerksam gemacht.

Transnationale Studien und multiple Zugehörigkeiten

Migrationsforschung der letzten Jahre beschäftigt sich zunehmend mit transnationalen Aktivitäten von neuen Minderheiten (egal ob Flüchtlinge, Angehörige einer Diaspora, ArbeitsmigrantInnen, Exilierte, Eingebürgerte). MigrantInnen geben demnach ihre Beziehungen zum Herkunftsland oder zur Herkunftsregion nicht auf, sondern verbinden zwei oder mehrere lokale Kontexte zu neuen sozialen Räumen oder transnationalen Gemeinschaften. Ökono-

misch schwache sogenannte Sendeländer räumen „ihren“ MigrantInnen zunehmend Rechte im Herkunftsland unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft ein, um ökonomische und politische Interessen über territoriale Grenzen hinweg besser durchsetzen zu können. Auf der Ebene transnationaler Politik von unten setzen sich AkteurInnen aber nicht nur für nationale Interessen, sondern auch für soziale, politische und ökonomische Veränderungen in ihren Herkunftsregionen ein. Beschleunigte und verbilligte Transport- und Kommunikationssysteme, insbesondere Satellitenfernsehen und Internet, tragen zur Globalisierung von *grassroots politics* bei. Transnationale AkteurInnen sind demnach sozial und politisch nicht entweder hier oder dort, sondern hier und dort verankert. Transnationale Politik umfaßt sowohl direkte als auch indirekte politische Partizipation im Herkunftsland und Versuche, Institutionen im Aufnahmeland durch externe Kenntnisse zu beeinflussen.

Politische AktivistInnen mit Migrationserfahrung halten aber nicht nur ihre Verbindungen zur Herkunftsgesellschaft aufrecht, sondern etablieren sich auch in ihren neuen Umgebungen. In Österreich kandidierten insgesamt 29 österreichische StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund für die Nationalratswahlen 2002. Auch wenn ihnen bei diesen Wahlen der Einzug ins Parlament durch entsprechende Platzierung auf den Listen nicht ermöglicht wurde, werden MigrantInnen im öffentlichen Leben als politische RepräsentantInnen zunehmend sichtbar, und sie beanspruchen historische Plätze und innovative Szenen für ihre Inhalte.⁸ Sie vertreten österreichische Parteien und haben Kontakte zu Nationalratsabgeordneten, Stadträten und Regierungsgliedern. Die Einladung des Bürgermeisters aus Tunceli durch eine österreichische Partei wurde so ermöglicht, und das Munzurta⁹ in der Türkei wurde zum Anlaß genommen, wieder einmal die geringe Transparenz bei Exportförderungen durch die österreichische Kontrollbank zu beleuchten.

Ihre vielfachen Einbindungen nutzen österreichische StaatsbürgerInnen mit türkischem oder kurdischem Hintergrund derzeit auch, um mit unterschiedlichen Zielen die Debatten um die Aufnahme der Türkei in die EU auch „von unten“ – in Radiosendungen, Podiumsdiskussionen und Publikationen – zu beeinflussen. Während RepräsentantInnen von Minderheiten und Bildungseliten meist im Aufnahme-prozeß selbst Potentiale für die Etablierung von Selbstbestimmungs- und Menschenrechten in der Türkei sehen, unterstützen nationalistisch orientierte Kräfte oft schlicht die Interessen der Türkei. Gemeinsam ist allen AkteurInnen in diesem Kontext, daß sich ihre eigene Position durch die Integration der Türkei in die EU wesentlich verbessern

würde. Als EU-BürgerInnen würden sie nicht nur in Bezug auf Zugang zum Arbeitsmarkt und Wahlrecht in der EU gleichgestellt, sondern sie hätten auch die Möglichkeit, als EU-BürgerInnen in der Türkei zu leben.

Das Zusammentreffen von unterschiedlichen sozialen, religiösen, ethnischen und nationalen Zugehörigkeiten sowie politischen Interessen an einem Ort führt nicht nur zu einer Politik der Anerkennung und zu vielfältigen Antidiskriminierungsbestrebungen, sondern auch zu einer Verknüpfung nationaler (Innen-) mit internationaler (Außen-)Politik und zu neuen sozialen Räumen über nationale Grenzen hinweg. Um transnationaler Politik in ihrer Bedeutung für Nationalstaaten gerecht zu werden, muß sie auch in Debatten um „Gerechtigkeit“ in den sogenannten Aufnahmeländern aufgenommen werden. Dadurch stehen Konzepte von Staatsbürgerschaft, Nationalität und politischer Gemeinschaft erneut zur Debatte.

Şenol Akkılıç,
Initiative Munzur, Wien.
Sabine Strasser ist
Sozialanthropologin in Wien.



Foto: Mehmet Emir

Europa tourt, um einen Dachverband aller MigrantInnen aus der Türkei zu initiieren, finden in der türkischen Botschaft in Wien immer wieder Empfänge für UnternehmerInnen, KünstlerInnen und PolitikerInnen mit türkischem Hintergrund oder für AbsolventInnen des österreichischen St. Georgs Kollegs in Istanbul statt. Die Türkei hat nicht nur wegen ihrer EU-Ambitionen, sondern auch wegen ihrer notorischen Finanzkrise allen Grund, „ihre“ MigrantInnen an sich zu binden. Schließlich befindet sich die Türkei weltweit unter den *top ten* der Empfängerländer privater Geldsendungen von ArbeitsmigrantInnen.¹ Transnationale Aktivitäten finden also nicht nur „from above“ und mit nationalen Zielen, sondern auch „from below“ und, wie das folgende Beispiel zeigt, auch regierungskritisch statt.

Transnationalismus „von unten“

Eine Initiative österreichischer StaatsbürgerInnen gegen umweltpolitische Entscheidungen in der Türkei; eine Arbeitsgemeinschaft kurdisch-alevitischer Akti-

- 1 Diese *worker's remittances* betragen 2001 ca. 2,8 Milliarden Dollar, wodurch die Türkei sich auf Platz sechs der Weltbankliste befindet (IMF Balance of Payments Statistics, 2002).
- 2 Die türkische Regierung steht ohnedies wegen ihrer Politik mit dem Wasser im Kreuzfeuer internationaler Kritik. Das GAP (Güneydoğu Anadolu Projesi) führte zu Völkerrechtsverletzungen und zu heftigen Protesten von Syrien und dem Irak (www.damsreport.org). Während der Planung des Ilisu-Staudamms, der die historische Stätte Hasankeyf fluten sollte, entzündete sich internationaler Widerstand (www.ilisu.org.uk).
- 3 Die Vergabe dieser Geldmittel unterliegt nach Aussagen von Ulrike Lunacek keiner detaillierten Berichtspflicht und ist deshalb einer parlamentarischen Kontrolle nur schwer zugänglich. Siehe dazu auch <http://www.eca-watch.org>.
- 4 Die Bevölkerung der Region wurde ohnedies durch Zwangsumsiedlungen, Abwanderung aus ökonomischen Gründen und Flucht vor bewaffneten Konflikten von 200.000 auf 93.000 Menschen reduziert. Weitere Absiedlungen bezeichnet die KHRW (Kurdish Human Rights Watch) als ein Assimilierungsprogramm gegen die kurdische Bevölkerung.
- 5 Z. B. www.munzurvadisi.org; www.devrimcidemokrasi.org.
- 6 WWF, Greenpeace und Erlaßjahr 2000: *Hinter verschlossenen Türen. Eine kritische Betrachtung der Exportförderung in Österreich, Wien November 2001*. Siehe auch www.rivernet.net.
- 7 Die USA und Österreich sind durch nationale Firmenbeteiligungen Zentren der Kritik; Deutschland spielt aufgrund seiner ca. 2,4 Millionen EinwohnerInnen mit türkischem Paß immer eine besondere Rolle in der türkischen und kurdischen Diaspora-Politik.
- 8 Das Konzert von Dr. Kurt Ostbahn mit Şivan Perwer im Burgtheater; ein islamisches Friedensgebet für Palästina am Heldenplatz; oder eine Talkshow von *TschuschInnenpower* im Jüdischen Museum sind nur einige der zahlreichen Beispiele dieser symbolischen Verwendung von Orten.

WIEN-OTTAKRING, LUDO-HARTMANN-PLATZ

Erwin Riess

Eines Tages las Groll von der Ankündigung eines philosophischen Gesprächs. Es sollte die Frage behandelt werden, ob es ein Minderheitenbewußtsein gibt und welche Schlußfolgerungen auf die möglichen Antworten zu ziehen seien. Groll kannte einen der Gesprächsteilnehmer, einen Philosophen, und er versprach sich von dem Gespräch Aufklärung. Seine Haushälterin nämlich hatte ihm vor einiger Zeit erklärt, daß er, Groll, bewußtlos in den Tag hinein lebe und den Menschen durch sein schlechtes Beispiel zur Last

großen Respekt vor Volkshochschulen, in seinen Augen waren sie bedeutender als die Universitäten. Schon der Name „Hochschule“ jagte ihm, der sich zu den niederen Ständen zählte, Respekt ein. Und vor dem „Volk“ schauderte ihm. Er wußte nun, daß Ludo Hartmann ein aus Stuttgart stammender Historiker war, der sich in der österreichischen Sozialdemokratie als Erwachsenenbildner einen Namen gemacht hatte. Von 1918 bis 1920 diente der Mann als österreichischer Gesandter in Berlin, wo er sich für den An-

das eine noch das andere. Wiederum eine halbe Stunde später, er hatte seinen Wagen am Westbahnhof abgestellt und war mit dem Rollstuhl zum Ludo-Hartmann-Platz gefahren, hatte die Veranstaltung längst begonnen. Da Groll nur des Deutschen mächtig war und sich damit bei allen, die er nach dem Gebäude fragte, blamierte, dauerte es einige Zeit, bis er das 1901 errichtete Haus gefunden hatte.

Schon nach einer weiteren halben Stunde öffnete Groll die Tür zum Vortragsaal. Da war kein Behindertenaufgang gewesen, keine Glocke, überhaupt nichts, was darauf hindeutete, daß in dem hundertjährigen Gebäude sich je ein Rollstuhlfahrer bewegt hatte. Freundliche Menschen hatten Groll über Nebentore und Treppen ins Haus gelotst.

Das Gespräch war noch im Gange. Die untergehende Sonne spiegelte sich an einer Schreibtafel. Groll schätzte sich glücklich, noch den einen oder anderen Gedanken zu erhaschen und schrieb eifrig mit. Zufällig war es am Vortag zu den größten Streiks in der Geschichte der Zweiten Republik gekommen. Hunderttausende Menschen aus Tausenden Betrieben hatten daran teilgenommen. Österreich sei dabei, sich italienischen Verhältnissen anzunähern, schrieben die Leitartikel. Die beiden Vortragenden zerstörten diese Hoffnung. Der Streik werde mitnichten dazu führen, daß andere Gruppen der Gesellschaft nicht mehr diskriminiert würden. Der Streik habe die Erhaltung der Pensionen, nicht die Verbesserung der Lebenschancen zum Ziel gehabt. Man solle sich da keinen Illusionen hingeben.

Groll unterstrich diesen Satz zweimal und klappte sein Heft zu. Als einer der beiden Vortragenden sich für die Borniertheit der Gemeinde Wien gegenüber behinderten Menschen entschuldigte, war Groll gerührt. Freundliche Menschen brachten ihn nach dem Vortrag über Treppen und Gänge wieder ins Freie. Einer der Helfer erklärte, daß schon im Jahr 2007 das Haus saniert und barrierefrei sein werde. Da klappte Groll sein Heft auf und deutete auf den unterstrichenen Satz. Man soll sich keinen Illusionen hingeben.

Beschwingt und im Bewußtsein, etwas fürs Leben gelernt zu haben, rollte Groll durchs nächtliche Wien.

schluß Österreichs ans Deutsche Reich einsetzte. Die Volkshochschulbewegung war 1885 in Krems gegründet worden und war zwei Jahre später nach Wien vorgedrungen. Sie fühlt sich demokratischen Grundsätzen verpflichtet und tritt gegen rassistische, frauenfeindliche und andere Menschengruppen diskriminierende Verhältnisse auf. Soweit die Selbstdarstellung.

Groll achtete auf genügend Schlaf, kleidete sich städtisch und fuhr los. Eine halbe Stunde später langte er am Ludo-Hartmann-Platz an und machte sich auf der Suche nach dem Gebäude der Volkshochschule, wo er einen Behindertenparkplatz zu finden hoffte. Er fand weder



falle. Groll hatte sich damit gerechtfertigt, daß es das Wesen von Minderheiten sei, sich anders als die Mehrheit zu benehmen, aber wohl war ihm bei dieser Aussage nicht gewesen.

Das Gespräch fand am Ludo-Hartmann-Platz in der Volkshochschule Ottakring statt. Groll informierte sich über die Geschichte der Volkshochschulen, und er vergaß auch nicht, sich über Ludo Hartmann kundig zu machen. Dies war keine Marotte von Groll, sondern eine Vorsichtsmaßnahme. Wenn ein Mensch aus der Vorstadt, noch dazu einer mit fehlendem Bewußtsein, in die Stadt fährt, ist es angeraten, Auskunft über das zu erwartende Terrain einzuholen. Groll hatte

TOURISMUS, RASSISMUS UND SEXISMUS

Paul Scheibelhofer

Moderner Tourismus ist durchzogen von Rassismen und Sexismen.

Aus dem modernen Lebensgefühl der Mittelschicht ist der regelmäßige Urlaub in mehr oder weniger fernen Ländern nicht mehr wegzudenken. Die Tourismusindustrie zählt seit den 60er Jahren weltweit zu einem der am stärksten wachsenden Industriezweigen. Zu einem überwiegenden Teil bleibt das Geld „in der Familie“ – allein drei Viertel der Tourismus-Einnahmen entfallen auf europäische Länder. Die für den Welthandel typischen Austauschbeziehungen herrschen also auch in diesem Bereich. Grund genug, um zu fragen, ob es ein faires Reisen geben kann oder ob Gewaltstrukturen wie Rassismus und Sexismus nicht ein immanenter Bestandteil des Phänomens Tourismus sind.

Verwandtschaft mit Kolonialismus

Aus historischer Perspektive zeigen sich Kontinuitäten, aber auch Brüche und aktuelle Differenzierungen, so Franz Kolland, Soziologe an der Universität Wien. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war das Reisen verknüpft mit kolonialer Expansion und wurde ideologisch gestützt durch eine Sicht auf den Fremden als zu zivilisierenden Anderen. Um die wirtschaftliche und politische Unterwerfung zu rechtfertigen, mußte eine Trennlinie zwischen die Kultur der Reisenden und die der Bereisten gezogen werden. Wobei schon damals ein „Kippeffekt“ das Denken über die Anderen bestimmte, der sich in Bildern des bestialischen, aber auch edlen Wilden wiederfinden läßt. Die kolonialen Reisen legitimierten sich über rassistische Diskurse, die wohl am besten im Gegensatzpaar Kultur vs. Natur ablesbar sind. Während der Reisende ersteres repräsentierte, wurden die Bereisten als naturverbunden imaginiert.

Mitte des 19. Jahrhunderts begannen die Bildungsreisen der Adelligen, aber allmählich kam es zu einer „Demokratisierung“ des Reisens; durch zunehmenden Wohlstand und erleichterte Transportmöglichkeiten konnten sich nun immer mehr Menschen Fernreisen leisten. Jedoch mußten die Destinationen der Oberschicht immer ferner und exklusiver werden, um noch genügend symbolisches Kapital abzuwerfen.

Kulturtourismus als kultureller Rassismus?

In ihrem Beitrag zum 2002 erschienenen Sammelband *Im Handgepäck Rassismus* (hg. von Martina Backes u. a.; Verlag iz3w) sieht Tina Goethe genau in der Konstruiertheit des Fremden die Parallele zwischen Tourismus und Rassismus.

Beide Ideologien müssen das erst schaffen, was sie später verachten, beschreiben oder bereisen. Wobei das Fremdbild, das zu Hause oft zu Rassismen führt, beim Reisen in Bewunderung umschlägt. Das Fremde ist dann gut, wenn es dort ist, „wo es hingehört“. Die bereisten Kulturen werden auch heute noch als „ortsgebunden“ betrachtet. Sie „wachsen“ nur in bestimmten Regionen, die für sie günstig sind. Der Trend zum Kulturtourismus läßt sich als Form eines modernen, „kulturellen Rassismus“ lesen. Die permanente Suche nach Authentizität steht hier im Vordergrund. Waren es früher eher *sites*, sind es heute eher *people*, die besucht werden. Der/die hochflexible, atypisch angestellte Reisende kann sich erfreuen an der unterstellten Verwurzelung und Ausgeglichenheit der Fremden, die ihre kulturellen Spektakel in konsumierbarer Form zur Schau stellen.

Aber auch in der üblichen Kritik am Tourismus reproduziert sich diese Sicht der Dinge. Dem Diskurs „Tourismus als Zerstörung des kulturellen Erbes“ liegt oft die Idee zugrunde, daß gewisse Kulturen in ihrer Eigenart erhalten bleiben müssen; daß jeder Einfluß von außen zu einem gefährlichen Ungleichgewicht statt zu produktiver Veränderung führen muß. In solch multikulturalistischem Paternalismus spricht wiederum der/die Unmarkierte über die, deren Identität verwurzelt ist in Kultur.

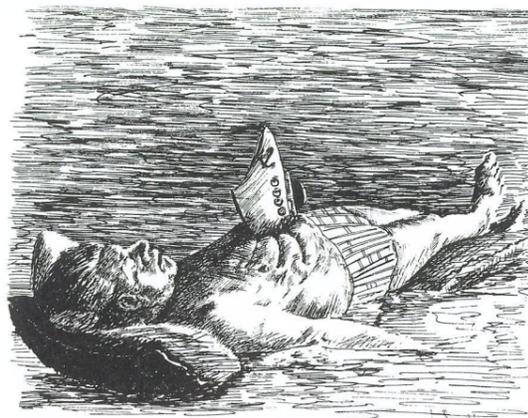
Sexismus und Tourismus

Daß Tourismus auch von sexistischen Strukturen durchzogen ist, läßt sich an der Darstellung der Frauen sowohl im „ganz normalen“ Tourismus wie im Sex-tourismus ablesen. So wird etwa in der Bildersprache von Reiseprospekten ein Stereotyp wiederholt reproduziert: Ganze Länder werden hier oft durch die Abbildung von sexualisierten Frauen vor „unberührter“ Natur dargestellt und beworben. In dieser visuellen Konstruktion, so Ursula Biemann im erwähnten Sammelband, wird ein traditionelles, militärisch-koloniales Machtverhältnis fortgeschrieben: „Der weibliche Körper schließt immer schon das Begehren nach Eroberung in sich ein.“ So kann Sextourismus als eine Verschärfung der herrschenden Geschlechterverhältnisse im Tourismus gesehen werden.

Es kann also mit Recht gesagt werden, daß moderner Tourismus durchzogen ist von Rassismen und Sexismen. Aber handelt es sich um eine unauf löbliche Verquickung? Die TheoretikerInnen sind sich nicht einig. Versuche einer

nachhaltigen Änderung im Tourismus gibt es. Das *respect, Institut für integrativen Tourismus und Entwicklung* in Wien arbeitet seit Jahren an diesem Projekt. Durch Informationskampagnen, die sich an Reisende richten, und Empowermentprojekte in den bereisten Regionen will es ideologische und materielle Strukturen ändern. Durch Broschüren, In-Flight-Videos u. ä. werden TouristInnen zu Respekt vor den Verhältnissen im Reiseland ermahnt. Bereits erfolgreiche Projekte mit den „Bereisten“ zielen auf aktive Partizipation bei Planung und Ausführung des sie betreffenden Tourismus und eine gerechte Gewinnbeteiligung ab.

Aber leicht ändern sich die Strukturen nicht, so der Institutsleiter Christian Baumgartner. Sowohl Reisende als auch Reiseanbieter setzen sich nicht gerne mit so „realen“ Problemen wie Kinderprostitution auseinander. Die wirtschaftlichen Strukturen im bereisten Land sind natürlich auch ein umkämpftes Terrain, in dem mächtige transnationale Konzerne agieren. Ob es nun rein theoretisch faires Reisen geben kann oder nicht, läßt sich nicht sagen. Aber daß konstruktive Kritik und Versuche einer Reform des Tourismus angebracht sind, ergibt sich schon aus der „Macht des Faktischen“. Bis auf weiteres wird Tourismus nämlich praktiziert werden, egal ob fair oder nicht.



Zeichnung: Andreas Ohrensall

Paul Scheibelhofer ist „Radio Stimme“-Mitarbeiter.

Diese Nachlese basiert auf der „Radio Stimme“-Sendung vom 20. Mai 2003, gesendet auf Orange 94.0.

Die Sendungen von „Radio Stimme“ sind im Internet downloadbar unter: www.initiative.minderheiten.at

WOHER KOMMT GEWALT?

Marinela Vecerik

Ist Gewalt eine Frage des Alters, der Nationalität und der sozialen Zugehörigkeit? Der Spielfilm „Auswege“ von Nina Kusturica (Regie), Barbara Albert (Drehbuch) und Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (Idee) setzt sich mit dieser Frage auseinander und stellt Antworten und Vorschläge vor.

Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) ist der Zusammenschluß von Mitarbeiterinnen der autonomen Frauenhäuser und Beratungsstellen Österreichs und setzt seit seiner Gründung 1988 vielfältige Aktivitäten zur Verhinderung und Prävention von Gewalt in der Familie. Die Angebote des Vereines umfassen eine breite Palette: Journaldienst, Produktion von Informationsmaterialien, Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung eines Literaturarchivs und einer Bibliothek, Vernetzung mit einschlägigen Institutionen, Konzeption und Durchführung von Seminaren, Forschung, Beratung und Unterstützung beim Aufbau von Initiativen gegen Gewalt an Frauen.

Der Verein betreibt drei unabhängige Projekte: Informationsstelle gegen Gewalt (Service-Stelle zur Gewaltprävention)

<http://www.aof.at>

WAVE – Women Against Violence Europe

(europäisches Netzwerk von NGO-Frauenorganisationen)

<http://www.wave-network.org>

Frauenhelpline gegen Männergewalt 0800/222 555 (rund um die Uhr, aus ganz Österreich kostenlos, anonym)

<http://frauenhelpline.at>

Sladjana – eine Migrantin aus Ex-Jugoslawien; Claudia und Margit – eine am Land und eine in der Stadt lebende Österreicherin. Drei auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Frauen, die eines gemeinsam haben: Sie müssen die schlimme Erfahrung bewältigen, Gewalt in ihren Familien zu erleben.

„Auswege“ aus diesen Gewaltbeziehungen zu finden, ist das Thema des gleichnamigen Spielfilms. Die drei Hauptfiguren repräsentieren verschiedene soziale Gruppen, Kulturen und Altersstufen. Ihre mit unterschiedlichen Formen von Gewalt verbundenen Geschichten sollen die Bandbreite und gleichzeitig die Universalität des Problems zeigen.

Stärke der Frauen hervorheben

Ob physisch oder psychisch, offensichtlich oder versteckt, Gewalt gegen Frauen ist in jeder Form zu verurteilen. Die Gründe, in einer Gewaltbeziehung zu bleiben, können für die Frauen verschieden sein; manchmal ist es die Abhängigkeit von der Aufenthaltssituation bei Migrantinnen,

manchmal der ökonomische Druck oder die Sorge um die Kinder. Die in dem Film gezeigten Schicksale stehen stellvertretend für das reale Leben und stellen das breite Spektrum des Problems dar.

„Einer der wesentlichsten und auch schwierigsten Punkte war für mich in ‚Auswege‘ die Umsetzung von Gewalt. Ich habe absichtlich versucht, Gewalt schon im Drehbuch kaum ins *on* zu schreiben. Es geht nicht darum, die Geschichte von Frauen, die in Gewaltbeziehungen leben müssen, auszubeuten bzw. ‚reißerische‘ Bilder zu zeigen oder Männer zu denunzieren. Vielmehr soll die Geschichte Frauen nicht als Opfer zeigen, sondern ihre Stärken hervorheben; Chancen sollen gezeigt werden“, teilt die Drehbuchautorin Barbara Albert mit.

Genau das ist dem ganzen Produktionsteam sehr gut gelungen: nicht nur einer großen Öffentlichkeit das existierende Problem der familiären Gewalt näher zu bringen, sondern Möglichkeiten zu zeigen, Informationen und Lösungen zu bieten. Die schwere Entscheidung, aus einer Gewaltbeziehung auszubrechen, die Zweifel zu überwinden, und der Schritt, etwas dagegen zu unternehmen – dies zeigt der Film. Denn „Auswege“ gibt es viele, und sie sind da für alle. Eine der Botschaften des Filmes, dargestellt anhand der Geschichte von Sladjana, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Episoden – das Gewaltschutzgesetz gilt auch für Migrantinnen, und die Hilfseinrichtungen sind für alle offen. Gewalt geht uns alle an.

Der Film ist das Resultat der intensiven Zusammenarbeit zwischen der Wiener Filmemacherin Barbara Albert – international bekannt durch ihr Spielfilmdebüt „Nordrand“ (1999) – der Regisseurin Nina Kusturica, deren Arbeiten häufig soziale Probleme thematisieren, und dem Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF), der seit Jahren Aktivitäten zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Kindern setzt (siehe Kasten).

Wir führten ein Gespräch mit Daniela Almer (Öffentlichkeitsarbeit beim Verein AÖF) und Maria Rösslhuber (Geschäftsführerin des Vereins AÖF) über die Vorgeschichte und den Hintergrund von „Auswege“.



Wie ist die Idee zum Film entstanden?

Daniela Almer: Wir bekommen oft Anfragen von Frauenhäusern und verschiedensten Medien nach Film-Material zum Thema Gewalt. Leider hat es bis jetzt nur einen vor vielen Jahren gedrehten Film gegeben, der nicht mehr zur aktuellen Zeit paßt. So ist spontan die Idee entstanden, selbst etwas zu machen.

Maria Rösslhuber: Es sollte ein Film mit einer positiven Aussage werden. Ein Film, der betroffene Frauen stärkt und ermutigt, sich an professionelle Einrichtungen zu wenden. Der Frauen das Gefühl gibt, sie sind nicht alleine, viele Frauen sind davon betroffen, aber es gibt Hilfe, es gibt Möglichkeiten und Wege.

Warum habt ihr euch für Barbara Albert als Drehbuchautorin entschieden?

Daniela Almer: Wir waren begeistert von ihrem Film „Nordrand“. Er hat in den Medien sehr gute Kritiken gehabt. Darin werden die sozialen Probleme der jungen Generation und auch sexueller Mißbrauch auf sensible Weise thematisiert. Deshalb haben wir uns entschieden, sie zu fragen, ob sie für uns ein Drehbuch schreiben würde. Nach ein paar Minuten bei unserem ersten Gespräch hat es gleich zwischen uns „gefunkt“. Es war ein tolles Erlebnis.

Maria Rösslhuber: Positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Künstlerinnen hatten wir schon oft. Barbara Albert kannte ich bereits von mehreren Veranstaltungen. Ihr frauenbewußtes Denken und Handeln hat mich besonders beeindruckt. Das hat sie bei der Kooperation für das Drehbuch erneut bewiesen.

Hat es auch so schnell mit der Regisseurin geklappt?

Daniela Almer: Nein, wir haben verschiedene tolle Regisseurinnen kennengelernt, aber die meisten haben sich mit dem Thema nicht vertraut gefühlt, und es war ihnen zu „heavy“. Für Nina Kusturica war der Film ideal, weil sie sowieso zu dem Thema arbeiten wollte. Jetzt, da „Auswege“ fertig ist, wissen wir, daß wir keine bessere Regisseurin hätten finden können.

Wie hat es eigentlich mit der Finanzierung funktioniert?

Daniela Almer: Mühsam. Das Vereinsbudget deckt gerade unsere regelmäßigen Kosten. Trotz einer sehr sparsamen Kalkulation konnten wir das Geld am Anfang nicht garantieren. Aber das ganze Produktionsteam hat absolut toll reagiert. Alle haben wahnsinnig professionell und engagiert gearbeitet. Ohne das hätte es nicht funktionieren können.

Ihr seid jeden Tag mit dem Thema Gewalt beruflich beschäftigt. Das Gefühl und der Eindruck, das erste Mal an einem Film zu arbeiten – wie war es für Euch?

Daniela Almer: Spannend und interessant, ein tolles Team, professionelle Leute. Für mich war es beeindruckend zu erleben, wie in einem anderen Medium mit dem Thema umgegangen wird. Die Sicht von Leuten, die nicht jeden Tag damit verbunden sind, war für uns sehr bereichernd – andere Blicke, andere Ideen.

Die Premiere war am 24. März als Eröffnungsfilm der Diagonale 2003 im Graz. **Maria Rösslhuber:** Vor Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, daß ein österreichisches Filmfestival mit einem Thema wie Gewalt an Frauen eröffnet. Ich sehe das als großen Erfolg für uns und gleichzeitig für die Frauenhausbewegung. Frauenhausmitarbeiterinnen haben in den letzten Jahren viel zur Bewußtseinsbildung, Enttabuisierung und Sensibilisierung beigetragen.



Szenenfoto aus dem Film „Auswege“: Sladjana und ihr gewaltbereiter Mann

Die erste Präsentation in Wien im April bei vollem Saal im Votivkino hat großes Publikumsinteresse erweckt, viel Applaus bekommen und gleichzeitig spannende Diskussionen hervorgerufen.

Maria Rösslhuber: Die erste Präsentation in Wiener Votivkino war vor allem dem Fachpublikum und den FördergeberInnen gewidmet. Wir waren sehr gespannt, wie unsere Kolleginnen aus den einschlägigen

Einrichtungen wie Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Interventionsstellen „Auswege“ bewerten werden. Ich denke, wir können stolz sein, er ist unheimlich gut angekommen.

Voraussichtlich kommt der Film demnächst in die österreichischen Kinos. Weiters wird er bei verschiedenen internationalen Festivals gezeigt. Eine 49-Minuten-Video-Version des Spielfilms

steht für Schulen, Seminare und Informationsveranstaltungen beim Verein zur Verfügung.

Maria Rösslhuber: Die Verbreitung und Bekanntmachung dieses Filmes ist nun die nächste Aufgabe für uns. Jetzt ist es wichtig, daß „Auswege“ möglichst oft und viel gezeigt wird. Vor allem in Schulen, aber auch zu unterschiedlichen Zeiten in den Kinos, damit vor allem Frauen ihn sehen können.

stimme@chello.at

Ein E-Mail macht Sie zur Abonnentin der Stimme

Ein E-Mail macht Sie zum Abonnenten der Stimme

www.initiative.minderheiten.at

Sie können auch Mitglied der Initiative Minderheiten werden. Besuchen Sie unsere Website

Gerald Kurdoğlu Nitsche

An Nejat Meray, Absolvent des Österr. St. Georgskolleg in Istanbul, Kunststudent in Los Angeles, zur Zeit Gaststudent in Wien

LIEBER NEJAT,

daß wir unsere stunden- und nächtelangen Gespräche vom Mai dieses Jahres nun brieflich fortsetzen, wäre zwar ungewöhnlich, wenn es sich dabei um das übliche Blabla handelte, aber das war es nicht; Du hast mir Insider-Einsicht geboten, mich hinter Vorhänge und Mauern blicken lassen, seien es Deine eigenen, bis hin zu schon Geschichte Gewordenem in der Türkei, und mich in Bereiche von Wissenschaft, Weltanschauung, Philosophie ... gesprächsweise geführt – mich, Deinen ehemaligen Lehrer, so als wärest Du der meine. In gar nicht so fernem Zeiten hätte ich mir Deinetwegen politisch Sorgen machen müssen. Damals fragte ich einmal – sehr naiv – einen ehemaligen Schüler, ob es tatsächlich Folter gebe in der Türkei, wie man bei uns in Zeitungen liest. Darauf und seither gab es keine Briefe mehr zwischen uns; er hatte wohl Angst oder schämte sich. Aber wir haben manch heißes Eisen angerührt und uns an Themen und Inhalten erhitzt. Hier erhitzten sich die Gemüter von Politikern, Journalisten ... und des sogenannten kleinen Mannes an der Frage: Türkei in die EU oder (lieber) nicht?

Als es darum ging, Österreich per Volksentscheid in die EU zu bringen – ich lebte damals noch in Istanbul, machte im Kreis der KollegInnen Gegenpropaganda – wurden wir nur mit Proargumenten vom Außenministerium beschickt. Ich fuhr, gerade vom „Heimaturlaub“ zurück, vom Flughafen schnell mit dem Taxi zum Konsulat, um noch rechtzeitig dagegen stimmen zu können – mehr aus dem Bauch heraus, aber auch beeinflusst von dem grünen Präsidentschaftskandidaten und Zukunftsforscher Robert Jungk, einem zwar begeisterten Europäer, aber enttäuschten EU-ler. Außerdem will ich nicht, daß Brüssel entscheidet, wieviel LKW's bei uns im engen Tal vorbeifahren. Ich will auch nicht, daß die Län-

der „ausrinnen“, Regionen sollen in ihrem Charakter bestehen bleiben und nicht ihre Identität verlieren, Grenzen sollen aufgehoben, aber nicht verwischt werden. Man kondolierte mir damals einhellig, heute, naja, wer weiß! Nun bist Du darauf vorbereitet, daß ich die Türkei auch nicht in der EU will – nein, im Gegenteil. Ich habe Material dazu gesammelt, unterschiedliche Stellungnahmen von Politikern, Journalisten, Leserbriefe; die Mehrheit ist dagegen, die meisten aus Sorge, Europa könne „ungebremst“, so eine der Formulierungen, von 70 Millionen Türken überschwemmt werden; andere sagen: Kultur, Mentalität, und meinen: fremd und unvereinbar. Viele geben der Angst ein weltanschauliches Mäntelchen, Angst vor dem Islam und damit vor dem terroristischen Fundamentalismus, beides wird uninformiert und dumm verallgemeinert gleichgesetzt.

Woher kommen Krieg, Terrorismus, Kriminalität? Die Amerikaner glauben zu wissen, wie man solches verhindert: durch Krieg, Todesstrafe ... Um Ursachen kümmert sich diese „Administration“ nicht. Vor zwei Jahren habe ich mich in einem Mail an Präsident Bush gewandt und mich selbst (ohne Sympathie für Waldheim) auf die Watchlist gesetzt; das heißt: Ich will die USA nicht betreten, solange eine derart gewaltbereite und -anwendende Clique, die noch dazu im Namen Gottes unter bewußtem Vortäuschen falscher Tatsachen mit Weltmachtansprüchen und -gebärden am Ruder ist. *Two reasons*: Todesstrafe und Kyoto-Dekrete, schrieb ich, von einem dritten Irakkrieg wußte ich damals noch nicht. Es gab sogar eine Antwort: *auto-response* – und ich könne dem Präsidenten unter der anderen Nummer zum Geburtstag gratulieren.

Doch zurück zur Türkei und EU. Die CSU Stoibers ist dagegen, sogar eine

Volksabstimmung gegen einen Beitritt wird gefordert. Konventspräsident Giscard d'Estaing ist derselben Ansicht, auch eine Maria K. aus Kirchdorf und einige mehr oder weniger Kompetente. Karl Plattner, ehemaliger österreichischer Botschafter in Ankara, ein Tiroler übrigens, schreibt, daß der Beitritt der Türkei Europa Vorteile bringt.

Robert Günter Klien mit vielen anderen ist überzeugt, daß es beiden Partnern Vorteile bringt. Es gibt aber noch sehr offene Fragen und Wunden: das Recht auf freie Meinungsäußerung, Polizeimethoden, Menschenrechte (z. B. mit Blick auf Kurden), Wirtschaft, Zypern ... All das, die Beitrittskriterien, muß vorher gelöst werden – viel Arbeit, die die Türkei noch zu leisten hat; die Chance für das Land! Europa braucht dann keine Völkerwanderung zu fürchten. Der ungeliebte NATO-Partner der Türkei, die USA mit ihren Militärbasen, sollte europaseits ausgetrickst werden, indem Europa sich die Türkei ans Herz nimmt. Dann könnte die EU den USA endlich mit einigem Gewicht in ihren weiteren Kriegsgelüsten Paroli bieten.

Aber mein Motiv für einen Beitritt der Türkei liegt ganz woanders: Kampf dem Krieg, der Armutskriminalität durch gerechte Verteilung der Ressourcen und ihrer Möglichkeiten – nicht nur in Europa. Die ganze Welt, alle Staaten guten Willens sollten in diesem Sinne der EU beitreten – WU ist das Ziel! Die anderen sind dann nicht die „Achse des Bösen“, sondern ganz einfach nur dumm und können es sich dann auch noch überlegen. Nur so würden Krieg, Hungersnot, Wirtschaftsflucht und Asylsuche, Umwelt- und einige andere Katastrophen aus den Geschichtsbüchern der Zukunft gestrichen werden können. Eine naive Illusion? Wie denkst Du darüber? Besuch mich wieder und lehre Deinen alten Lehrer!

Liebe Grüße, derselbe:



Gerald Kurdoğlu Nitsche

MAN SIEHT ES NICHT, MAN HÖRT ES KAUM

Österreich schiebt wieder in die „demokratische“ Republik Kongo ab.

Beinahe wäre es unbemerkt neben dem internationalen Flüchtlingstag und der Debatte um ein gegen Menschenrechte und Genfer Flüchtlingskonvention verstoßendes Asylgesetz an uns vorbeigegangen. Vielleicht hätte es einige Zeit später, als kleines Detail am Rande, unsere Aufmerksamkeit erweckt. Höchstwahrscheinlich wäre aber dann, wenn die Macht der Gewohnheit ihr Nötiges bereits getan hat, nichts anderes mehr zu erwidern gewesen, als die bestehenden Tatsachen als Fakten zu akzeptieren.

Worum es eigentlich geht, ist schnell erklärt: Die demokratische Republik Österreich deportiert AsylwerberInnen, deren Antrag abgelehnt wurde, wieder in die von ökonomischen Krisen und Bürgerkrieg heimgesuchte „demokratische“ Republik Kongo. Entgegen Österreichs „offizieller Meinung“, muß Kongo das Prädikat „demokratisch“ in verschiedenster Weise abgesprochen werden. Dies geht aus dem jüngst veröffentlichten Menschenrechtsbericht über die DR Kongo vom April dieses Jahres hervor. Darin heißt es: „Die DR Kongo kann nicht als Demokratie bezeichnet werden. Ihren Einwohnern ist die Möglichkeit, ihre Regierung durch freie und faire demokratische Wahlen zu bestimmen, nicht gegeben.“ Des weiteren wird berichtet, daß in den letzten fünf Jahren Bürgerkrieg, der in weiten Teilen des Landes herrscht, mehr als 4,6 Millionen Menschen starben, Mitglieder von nicht genehmigten oppositionellen Parteien durch die Regierung inhaftiert werden, in den Gefängnissen Menschen verhungern und gefoltert werden und medizinische Versorgung in den Gebieten, in denen sie nicht schon zusammengebrochen ist, nur für jene vorhanden ist, die in der Lage sind, die

finanziellen Mittel zur Behandlung selbst aufzubringen. Und genau in dieses Land schickt die Republik Österreich nun wieder AsylwerberInnen zurück!

Aktueller Fall ist jener des 32jährigen Nsayala Mitsu, genannt Gustave, der sich seit 1997 in Österreich befindet. Die zwei eingebrachten Asylanträge wurden von der Asylbehörde jeweils abgewiesen. Gustave konnte bisher nur deshalb nicht deportiert werden, da die DR Kongo bis vor kurzem keine sogenannten Heimreisezertifikate, die für AsylwerberInnen ohne Reisedokumente zur Aufnahme ins Abschiebeland unbedingt nötig sind, ausgestellt hat. Seit einigen Wochen werden diese Zertifikate aus undurchschaubaren Gründen jedoch wieder ausgestellt. Daraufhin wurde der mittlerweile wieder an einer alten Lungenkrankheit leidende Gustave am 13. Mai unverzüglich in Schubhaft genommen. Dem pragmatischen Sarkasmus der österreichischen Fremdenpolizei wurde damit Ausdruck verliehen, daß das zur Abschiebung nötige Flugticket schon bestellt war, noch bevor die ärztliche Diagnose über Krankheitsbild und Flugtauglichkeit abgeschlossen gewesen war. Von behördlicher Seite wurde also nicht einmal nach dem Tod Marcus Omofumas auch nur die geringste Sensibilität entwickelt. Andererseits ist diese Abschiebung als menschenverachtend zu bezeichnen, wenn in einer Aussendung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten vom 13. Juni 2003 über die medizinische Versorgung in der DR Kongo zu lesen ist: „Aufgrund der hygienischen Verhältnisse und der unzureichenden Versorgung mit Medikamenten sowie des Mangels an entsprechendem Fachpersonal entspricht die Lage in der Krankenhäusern

nicht dem westlichen Standard. Spitalspflege wäre möglichst zu meiden.“

Hätte die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung nicht neuerliche Beschwerde gegen die geplante Abschiebung in die DR Kongo eingelegt, wäre die Deportation wahrscheinlich schon passiert. (Nach dem Entwurf des geplanten Asylgesetzes wäre dieser Einspruch übrigens gar nicht mehr möglich gewesen.) Bis dieser Antrag auf Abschiebeschutz geprüft wird, verbleibt Gustave wahrscheinlich im Gefangenenhaus Rossauer Lände in Schubhaft.

Sollte die Abschiebung aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes und einer daraus resultierenden Flugunfähigkeit tatsächlich noch ausgesetzt werden, würde dies jedoch noch keiner Aufenthaltsgenehmigung gleichkommen. Die Deportation wäre dadurch lediglich verzögert und könnte bei Genesung oder bloßer Flugtauglichkeit jederzeit nachgeholt werden. Wie Gustave während dieser Zeit ohne Arbeitserlaubnis und Krankenversicherung seinen Aufenthalt und medizinische Versorgung finanzieren soll, ist wohl eine Frage, für die sich der Gesetzgeber nicht zuständig fühlt.

Max Winter

PS: Kurz vor Redaktionsschluß gab ein Sprecher der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung bekannt, daß Gustave aufgrund seines Gesundheitszustandes bis zur Klärung des Einspruchs aus der Schubhaft entlassen wurde. Laufende Berichterstattung über diesen und andere Fälle finden Sie unter: www.deserteursberatung.at www.at.indymedia.org www.no-racism.net www.ecoi.net

IN KÜRZE

Radio AGORA – Benefiz-CD

Das Freie Radio AGORA, das seit vier Jahren in Kärnten sendet, bekommt seit Beginn 2001 keine Subventionen mehr, und seit Ende 2002 gibt es kein Kooperationsprojekt mit dem ORF. Zur Zeit des Redaktionsschlusses wurden zwar Verhandlungen mit dem ORF geführt, aber die Finanzierung des Senders ist nach wie vor unsicher. Mit dem Kauf einer soeben erschienenen Benefiz-CD sowie mit einer Spende bzw. einem Dauerauftrag kann das kritische und mehrsprachige Radio AGORA unterstützt werden.

Konto-Nr: 93.997 (BLZ: 39100)

CD-Bestellung unter:

www.agora.at

Tagung über Vielfalt, Gerechtigkeit und Demokratie

Auf der zweitägigen internationalen Konferenz „Diversity, Justice, and Democracy“, die vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium organisiert wurde, befaßten sich renommierte WissenschaftlerInnen (u. a. Chantal Mouffe, Melissa S. Williams, Cornelia Klinger, Anne Phillips, Leti Volpp, Rainer Bauböck und Sonja Puntischer-Riekmann) mit der politischen, rechtlichen und sozialen Realität sowie unterschiedlichen Vorstellungen der Vielfalt in gegenwärtigen Gesellschaften. Im Rahmen der Tagung, die am 7. und 8. April 2003 in der Diplomatischen Akademie in Wien stattfand,

befaßten sich die ReferentInnen mit Fragen wie: Können demokratische Werte entlang kultureller und religiöser Differenzen geteilt werden? Wie können wir dem Gleichheitsprinzip in von Vielfalt geprägten Gesellschaften am besten gerecht werden? Ist dieses Prinzip (besonders im Hinblick auf Gender) konform mit der Anerkennung kultureller Differenzen?

Die großteils originellen und innovativen Antworten auf diese brennenden Fragen und die dabei präsentierte breite Palette von Theorieansätzen und Denkanstößen machten – neben der gezielten Einladung dieser transdisziplinären Runde und dem gut strukturierten Ablauf – „Diversity, Justice, and Democracy“ zu einer sehr anregenden Konferenz. mh



IDEALE MASSE UND FREUDE AN HAUSARBEIT GEFRAGT

Isabelle Bene

Zdenka Beckers Stück „Intercity“ befaßt sich mit den Liebesgeschäften von Agenturen.



Durch „Interlove“ den Traummann finden?

„Willst du einen Mann aus dem Westen, Interlove besorgt dir den besten!“ Um diesen Werbeslogan einer Partnervermittlungsgesellschaft dreht sich das Stück „Intercity – Vienna Art Orchestra“ von der in St. Pölten lebenden tschechischen Autorin Zdenka Becker, das am 24. April 2003 mit großem Erfolg im Wiener Interkulttheater Österreich-Premiere feierte.

Im Mittelpunkt des Stücks stehen fünf Frauen aus den ehemaligen Ostblockstaaten, die mittels „Interlove“ in Österreich ihren Traummann finden wollen. Sie begegnen einander am Bahnhof von Linz. Das Warten auf den verspäteten Zug nach Wien gibt den Frauen Zeit, über sich, ihre bisherigen Männerbeziehungen und ihre ungewisse Zukunft nachzudenken. Die Gefühle schwanken ständig zwischen Euphorie, Enttäuschung und Hoffnung. Alle haben bereits schlechte Erfahrungen mit Männern gemacht und möchten endlich dem „Richtigen“ begegnen. Hier ist zunächst die Ungarin Ilona, die in Wien einen geschiedenen Mann treffen soll. Sie soll die neue Mutter für seine vier Kinder werden und träumt davon, mit ihm in einem Haus mit Garten zu wohnen. Dafür würde Ilona auch die Kinder und die Hausarbeit in

Kauf nehmen. Die Slowakin Darina läßt keine Gelegenheit aus, um einen Mann kennenzulernen, und ist wohl noch am ehesten davon überzeugt, bald glücklich liiert zu sein. Die Tschechin Jitka führt einen kleinen Imbissstand am Bahnhof. Am Abend muß sie für Norbert Knödel kochen, wie dieser es einst von seiner böhmischen Großmutter gewohnt war. Die Polin Agnieszka verbrachte gerade schöne Tage und Nächte mit einem Mann in Linz. Ihre aufgekratzte Verliebtheit wird verklärt durch ihre Unsicherheit. Hatte sie dieser Mann wirklich geliebt oder bloß ausgenutzt? Die Enttäuschung steht der Russin Galina ins Gesicht geschrieben. Sie hat sich in Linz in den Maler Karl verliebt, doch nun fährt sie nach Wien zum reichen Geschäftsmann Willi. Die Geschichte mit Karl geht ihr nicht mehr aus dem Kopf. Sie versucht ihn immer wieder anzurufen und vertraut sich Darina und Ilona an. Doch ihre Erzählungen werden regelmäßig von Handyanrufen potentieller Heiratskandidaten unterbrochen. Darunter findet sich auch ein Freund von Karl, dessen Nummer Darina von Galina erhalten hat. Er würde Darina gerne mit zwei weiteren Freunden treffen. Gleichzeitig erhält Ilona einen Anruf eines gewissen Karl, der auch sie mit seinen Freunden treffen möchte. Es sind dieselben drei Männer, die auch Galina kennengelernt hat und in jener Nacht gemeinsam beglücken sollte.

Geschäft mit der Liebe

Ein Ende, das zu erwarten war und zeigt, daß die krankhafte Suche nach einem reichen Mann im Westen von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist. Es ist nichts anderes als ein Geschäft: Das Geld gibt dem Mann ein Gefühl der Überlegenheit, der seiner „Auserwählten“ ein Leben in Wohlstand verspricht. Diese muß dafür so manchen Kompromiß eingehen. In der

Partneragentur werden die Frauen wie käufliche Ware behandelt. Im „Eignungstest“ der Interlove-Agentur sind weder IQ noch Ausbildung gefragt, sondern die idealen Körpermaße und Freude an der Hausarbeit. Bestimmend für jene „Liebesagenturen“ ist es, Frauen aus dem Osten auf bestimmte Klischees zu reduzieren. So ist etwa im Programmheft zu lesen: „Institut D. erklärt, daß rumänische Frauen treu, hübsch, ehrlich und zuverlässig seien, also all das, was sich jeder zukünftige Partner eigentlich so sehnlich wünschen würde ...“

Diese und ähnliche Aussagen über osteuropäische Frauen erhielt Zdenka Becker von unterschiedlichen Partnerinstituten. Aber auch die Männer müssen „verkauft“ werden – so gelten österreichische und deutsche Männer als besonders seriös, zuverlässig und fleißig.

Der Anlaß für diese etwas ungewöhnliche Recherche war eine Reisebekenntschafft der Autorin: eine Russin, welche Galinas Geschichte in Wirklichkeit erlebt hatte. Das Heranziehen wahrer Begebenheiten scheint ein Erfolgsrezept Zdenka Beckers zu sein. Es ist ein Theaterabend, wie man ihn nur selten erlebt. Der Text ist für das Theater wie geschaffen, und von den Charakteren kann so manche Schauspielerinnen nur träumen. Um die Authentizität des Stückes hervorzuheben, war es der Autorin wichtig, die Rollen mit Schauspielerinnen aus den jeweiligen Originalländern zu besetzen – übrigens alle hervorragende Ensemblemitglieder des Euro Theater Central Bonn. Die Thematik tut ihr Übriges: Man lernt die Abgebrühtheit dieser Partneragenturen kennen, die mit der Gutgläubigkeit ihrer weiblichen Kundinnen spekulieren. Ein Stück, das warnen will: Finger weg von den Geschäften mit der Liebe! Ein Blick ins Internet wird es beweisen.

Zu besuchen auf:
<http://www.ausdemleben.at>
Gerd Valchars

EINE TURBULENTE KOMÖDIE

Annette Höslinger-Finck

Das roma.theater.exil zeigte im Mai das Stück „Cirvo, der Taufpate“ in Wien und Bratislava. Im Oktober wird das Projekt mit Aufführungen in Schweden, in Wien und Oberwart wiederaufgenommen.

Man könnte meinen, daß diesem Theaterstück eine schöne Geste voll menschlichen Großmuts zugrunde läge: Ein wohlbegüterter Mann, kinderlos, gewährt einer Familie in seinem Hause Gastrecht, weil deren armselige Heimstatt abgerissen wurde und die neuen Wohnhäuser noch nicht fertig sind. Man könnte dies meinen, wenn – ja, wenn der wohlbegüterte Mann nicht der Bürgermeister einer kleinen Stadt in der Slowakei wäre, der sich Wahlkampfhoffnungen auf das Amt des Präsidenten machte, und wenn die Familie nicht eine Romafamilie mit zehn Kindern (eins davon noch ungeboren) wäre!

Es ist klar, daß sich aus dieser Grundkonstellation eine Reihe von turbulenten Verwicklungen ergibt: Die Bürgermeistersfrau wird durch die bloße Anwesenheit einer Ziege in neurotische Zustände versetzt, auch die vielen Kinder geben Anlaß zur Klage: Sie verleiten die Kinder des Nachbarn zum Betteln auf dem Hauptplatz. Wie peinlich, ist doch der Nachbar der Stadtrat für Integration! Zu ertragen ist dies für den Bürgermeister nur, weil er die Slowakei schrecklich gerne als Präsident in die EU führen würde, und die sieht es nun mal nicht gerne, wenn die Roma als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Es heißt also weiterhin, tief Luft holen – und fest an den eigenen Wahlkampfslogan „We love Roma“ glauben. Dieser Satz wird sich noch bewahrheiten, aber auf ganz andere Weise: Das große Problem des Bürgermeisterpaares ist nämlich seine langjährige Kinderlosigkeit. Doch die Roma Miko und Milica wissen Rat: Hier kann nur Cirvo, der Taufpate ihrer Kinder, helfen. Als dieser einlangt, löst er sämtliche Probleme auf unkonventionelle und nicht uncharmante Weise. Ein Jahr später sind die neuen Häuser bezugsbereit, gerade noch rechtzeitig, denn die Frau Bürgermeister ist schon hochschwanger ...

Christa Stippinger und Karol Csino inszenierten das Stück, das nach einer Idee von Mišo Nikolić von Dimitré Dinev bearbeitet wurde, als turbulente Komödie, die den Zuschauer keine Sekunde aus ihrem Bann läßt. Daß einige Dialogpassagen in Romanes gesprochen werden, stört nicht das Verständnis, da die Antwort jeweils auf Deutsch erfolgt (und das Programmheft zudem den vollständigen Text samt Übersetzung enthält). Den Takt gibt die schnelle Romamusik vor, die die Szenenwechsel markiert und durch den charakteristischen 7/8-Takt die Rasanz des Abends bestimmt; als retardierende Momente dienen einige Szenen im Zeitlupentempo, die in herrlicher Weise die Happy-End-Szenen aus Hollywoodfilmen parodieren.

Außerst bemerkenswert ist die Bühnenpräsenz der Schauspieler und Schauspielerinnen: Maja Repaska spielt die Romni Milica, die zwischen großzügiger Hingabe und schicksalhafter Ergebnislosigkeit schwankt; Stano Ziga ihren Mann als ebenso leicht aufbrausenden wie grundgütigen Rom Miko mit grandiosem Mienspiel. Mit vollem Einsatz spielt auch Karol Csino, der den Bürgermeister gibt und in slapstickartigen Szenen seine große Körperbeherrschung unter Beweis stellt. Koloman Polak in der Rolle des Cirvo ist eine echte Respektsperson, der zwei Dingen herzlich und köstlich komisch zugetan ist: dem Geld und den Frauen. Die Überraschung des Abends aber ist Gabriela Csinova in der Rolle der Bürgermeistersfrau. Absolut überzeu-

gend ihr Auftritt als ebenso migränegeplagte wie karrieregeile Frau. Anrührend die Szene, in der sie zu Milica von ihrer Kinderlosigkeit spricht und dann für kurze Zeit das Baby halten soll: Hinter der vorher so genervten und unnahbaren Fassade wird eine Frau spürbar, die unter ihrem brennenden Wunsch nach einem Kind entsetzlich leidet und sich zunächst etwas ratlos, doch dann mit rührender Zärtlichkeit dem Bündel, das sie halten soll, zuwendet.



Cirvo ist Frauen zugetan

Foto: roma.theater.exil

Dem roma.theater.exil gelingt alles in allem genau das, was man unter einer Komödie versteht: Ein Mißstand wird aufgedeckt, aber er wird so aufgedeckt, daß die Komik der Situation hervortritt, keineswegs die Lächerlichkeit – und daher darf der Zuschauer hier das tun, was er sich im Theater sonst schon fast nicht mehr traut: Er darf von Herzen lachen!

„STRAFBARE HANDLUNG: UNZUCHT WIDER DIE NATUR“

„Aus dem Leben – Die nationalsozialistische Verfolgung der Homosexuellen in Wien“ ist nun im Internet.

2001, im Rahmen der Europride, dem europaweiten Festival der LesBiSchwulen- und TransGender-Bewegung, war sie einen Monat lang am Wiener Heldenplatz zu sehen; heuer, knapp zwei Jahre später, ist sie im Netz: die Ausstellung *Aus dem Leben*. Sie dokumentiert die nationalsozialistische Verfolgung homosexueller Männer und Frauen anhand einer Verknüpfung of-

fizieller und (bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmter) privater Dokumente. Was die Ausstellung aber vor allem leistet, ist das Aufzeigen einer erschreckenden Kontinuität der Verfolgung von und der Intoleranz gegenüber Homosexualität im Österreich der 1. Republik, im nationalsozialistischen Österreich und im Österreich der 2. Republik. Das tut diese Ausstellung durch

die abgelichteten Exponate und erklären den Texte, aber auch durch ihre eigene Geschichte, die selbst zum Inhalt wurde: die Ausstellung wurde 2001 noch vor ihrer Eröffnung Opfer eines Vandalenaktes Unbekannter und teilweise zerstört.

Zu besuchen auf:
<http://www.ausdemleben.at>
Gerd Valchars

GLEICHE CHANCEN IM BETRIEB – BETRIEB OHNE RASSISMUS

Das EU-Projekt „Gleiche Chancen im Betrieb“ im Rahmen des Programms EQUAL hat zum Ziel, Unternehmen dabei zu unterstützen, allen ArbeitnehmerInnen gleiche Chancen zu gewährleisten. Die Stärken der multikulturellen (Arbeits-)Gesellschaft können dadurch vermehrt genutzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet das Projekt-Team gemeinsam mit dem jeweiligen Unternehmen einen „Code

of Conduct“, in dem die Werte und Verhaltensregeln für den Unternehmensalltag festgelegt werden.

Im Rahmen des Projekts, das von den Organisationen *Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Institut für betriebliche Gesundheitsförderung – I.B.G.Österreich, Verein ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit, WAFF Programm Management GmbH*

und *Wiener Integrationsfonds* durchgeführt wird, wurde eine Website als Plattform eröffnet. Sie soll eine Anlaufstelle für ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen sein, die diskriminierende Barrieren in ihrem Betrieb abbauen und Maßnahmen ergreifen wollen, die zur Verbesserung der Situation von MigrantInnen am Arbeitsmarkt führen.

<http://www.gleiche-chancen.at>

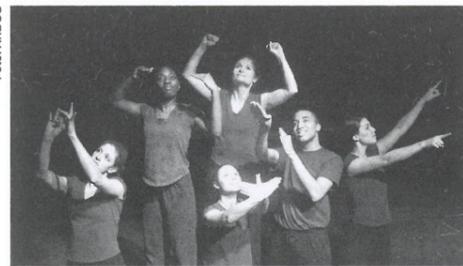
red

SCHATTENSEITEN DES TRAUMS VOM FLIEGEN

Isabelle Bene

Bereits zum vierten Mal fand heuer das „ARBOS Europäische und Internationale Gehörlosenfestival“ statt.

Foto: ARBOS



Ensemble Quest: „Flügel“

Professionelle Gehörlosentheater aus acht Staaten waren vom 4. bis 12. April nicht nur im Wiener Theater des Augenblicks zu sehen, sondern gastierten auch in Niederösterreich, der Steiermark, Salzburg und Kärnten. Dem diesjährigen Motto „Begegnung der Künste“ wurde das Festival mehr als gerecht. Dies spiegelt sich nicht nur im Programm, das etwa mit einem „Zirkusstück“, mit „Liedern in Gebärdensprache“ oder sogar mit „Musik in Gebärdensprache mit Bewegungs- und Tanztheater“ aufwartete. Auch der Phantasie des Gebärdentheaters scheinen keine Grenzen gesetzt zu sein, was an den verschiedenen Arbeitsmethoden der Gruppen zu erkennen ist. Hier drei Beispiele aus dem Festival.

Wie eine poetische Bildergeschichte gestaltet sich das Stück „Rhymes III“, gespielt vom Gehörlosentheater aus Brunn,

dem man wie hypnotisiert folgt. Hier ist zumal der Mann im Park, umgeben von fröhlichem Vogelgezwitscher. Jede Bewegung seines Körpers und jede mimische Veränderung seines Gesichtes lassen den Zuschauer lebensnah mitfühlen, was der Mann gerade mit dem frechen Gefieder erlebt. Zunächst beobachtet er amüsiert seine kleinen Freunde, die bald schon keck auf seinen Schultern sitzen und ihn ungeniert um Futter anbetteln. Genauso humorvoll gestaltet sich die Szene mit dem einsamen Clownmädchen, das sich aus Besen, Kleiderhaken, Hut und Sakko einen Freund bastelt – eine Puppe, die zum Leben erwacht und mit einem eigenwilligen Charakter ausgestattet ist.

Beobachtungsgabe ist auch bei der Produktion „Flügel“ gefragt, gespielt von dem amerikanischen Ensemble Quest. Der erste Akt zeigt, wie die Menschen es nach zahlreichen Versuchen schaffen, endlich fliegen zu können. Im zweiten Akt wird auf die Schattenseiten des Fliegens verwiesen. Dargestellt werden etwa die Luftschlachten der beiden Weltkriege und vor allem die Folgen des 11. Septembers. Auch hier werden die Szenen wie lebendige Bilder aneinandergereiht, unterbrochen durch mehrmaligen Lichtwechsel, während dessen die DarstellerInnen jeweils eine neue Position einnehmen. Hier werden Objekte wie Flugzeuge mit den Körpern nachgebildet und die Bewegungen von Vögeln genauestens nachgeahmt. Pantomime wechselt mit Bewe-

gungs- und Tanzszenen, Schauspiel mit musicalreifen Gesangseinlagen. So besteht das sechsköpfige Ensemble aus hörenden und gehörlosen DarstellerInnen, die den Traum von Fliegen eindringlich vor Augen führen.

Ein nicht weniger anspruchsvolles Thema hat sich das österreichische ARBOS-Ensemble gewählt. Die Produktion „Krankheit Krieg“ basiert auf Szenen, Texten und Gedichten von Kriegsoffizieren, wie Georg Trakl oder August Stramm, Kriegskritikern, wie Paul Scheerbar, oder italienischen Futuristen, die ihre Kriegspantastien in Kunst umzuformen versuchten und den Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg förmlich herbeisehnten. Gespielt werden die voneinander unabhängigen Szenen von drei Männern, zwei von ihnen gehörlos. Anders als bei den beiden ersten Stücken nimmt die verbale Kommunikation einen wesentlichen Platz ein und findet eine perfekte Lösung. Der hörende Schauspieler übernimmt die Rolle des Zuhörers, der sein Gehörtes stets laut ausspricht, was den meist sehr ironisch gestalteten Szenen den letzten Schliff verleiht. Die Ironie deshalb, weil hier die Sinnlosigkeit des Krieges angeprangert wird.

Das Gehörlosentheater ist zwar sehr facettenreich und nicht einheitlich, ist aber als eigenständige Theaterform zu verstehen, die aufgrund der enorm hohen visuellen Vorstellungskraft der DarstellerInnen für gehörloses und hörendes Publikum begreifbar und erlebbar ist.

BLUTIGE GESCHICHTEN UND TÜRKISCHER HONIG

Die Ausstellung „Blut & Honig“ ist bis 15. September in der *Sammlung Essl* zu sehen.

„Blut & Honig – Zukunft ist am Balkan“ nennt sich die aktuelle Sonderausstellung der *Sammlung Essl*, die Arbeiten von 73 zeitgenössischen KünstlerInnen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kosovo, Kroa-

ten, Mazedonien, Moldawien, Rumänien, Serbien-Montenegro, Slowenien und der Türkei zeigt. Den Titel erklärt Ausstellungskurator Harald Szeemann folgendermaßen: „Balkan heißt Gebirge und auch *bal-kan*, Honig und Blut. Das fand ich sehr schön, es evoziert die Dramen, die blutige Geschichte, aber auch den türkischen Honig.“

Jedem/r KünstlerIn ist ein Teil der 3.500 m² großen Ausstellungsfläche gewidmet. Verarbeitet werden die kommunistische Vergangenheit genauso wie – ironisch – die Gastfreundschaft des Balkans, die sich mittels leuchtender Hotel-schilder wie ein roter Faden durch die Ausstellung zieht. Es ist eine Fahrt durch Handlungen, Emotionen und Reflexionen: das Verhältnis zu Tabus und ihren Unterwanderungen, die Auseinanderset-

zung mit der Geschichte des jeweiligen Landes, mit Klischees balkanischer Lebensart, mit Sehnsüchten.

Die zahlreichen Bilder, Skulpturen, Objekte, Installationen, Fotografien und Filme geben eine reichen Einblick in die zeitgenössische Kunst des Balkans, die zur geschichtlichen und politischen Auseinandersetzung anregt. Sehr empfehlenswert ist der Ausstellungskatalog, der neben zahlreichen Werkabbildungen eine sehr gute Abhandlung über die Geschichte und Politik auf dem Balkan bietet.

*Sammlung Essl
Kunst der Gegenwart
An der Donau-U 1, Klosterneuburg
Tel.: (0800) 232-800
www.sammlung-essl.at
Isabelle Bene*



Antoni Maznevski: A Se Esse

26

FREITAGS INSZENIERLUST UND ANDERE KULTURALISMEN

Richard Schubert: Freitag in Sarajevo. Eine Tragikomödie

Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 2003; 128 Seiten, € 19,50

Die westlichen Demokratien kennen den Krieg allmählich als ein Phänomen, das ein typisches „Problem anderer Leute“ darstellt. Der/die nach dem Zweiten Weltkrieg geborene/r EuropäerIn ist heute Zaungast bei Gemetzeln, die andere aus unverständlichen Gründen veranstalten. Einigen Gemütern kommt dieses unparteiische Zuschauen als Indifferenz vor, und sie wollen intervenieren. So geschehen auch in unterschiedlichen Etappen des Jugoslawien-Kriegs. Der französische Philosoph Henri-Bernard Lévy, der sich mittlerweile als Beschützer „westlicher Werte“ einen veritablen Namen gemacht hat, reiste etwa ins belagerte Sarajevo und versuchte sich pionierhaft im *Embedded Journalism*. Und die amerikanische Schriftstellerin Susan Sontag inszenierte ebenda „Warten auf Godot“, um ein kulturelles Zeichen zu setzen. So weit, so gut. Bloß haben die beiden, so wie viele andere EuropäerInnen auch, eine Kleinigkeit vergessen: daß nämlich Kriege nicht im politisch luftleeren Raum des tribalen Hasses entstehen, sondern Gründe haben, die global zu nennen sind. Im Krieg gibt es keine Zaungäste mehr, wir sind alle irgendwie darin „eingebettet“. Daher kann man alles – auch als wohlwollende Intellektuelle wie im Fall Sontags – nur falsch machen, wenn man sich bloß aus „huma-

nitären Gründen“ für eine Kriegspartei engagiert oder die „Zivilisation“ verteidigt.

Vor diesem Hintergrund befaßt sich *Freitag in Sarajevo*, Richard Schuberts Tragikomödie, mit den „kulturellen Kollateralschäden“, die um die humanitären Interventionen westlicher Intellektueller in Sarajevo entstanden sind und auch woanders entstehen könnten. Die politische Satire kommt als Theaterstück her, ist aber – wie Kraus' *Die letzten Tage der Menschheit* – eher einem Marstheater zugeordnet. Die dialogische Form bewirkt, im Sinne der philosophischen Hebammenkunst, Sichtbarkeit der Widersprüche, der Dummheiten, der verborgenen Gründe und nicht zuletzt der Wahrheit, wie sie noch nicht – oder nicht laut genug – ausgesprochen worden ist: Im Krieg gibt es keine „gute“ Seite. Und jeder Krieg ist das beste Sammelgebiet kulturalistischer Leichenflederei. Die langen Monologe wiederum – teilweise Originalzitate – haben etwas von einer makabren Parade an sich: Hier salutieren in Siegerpose Sprachen und Reden, die eines zu sagen scheinen: Wir haben Zivilisation, müssen also deren Kultur retten! Da ist Fiona Freitag mit ihrem ahnungslosen Gehabe des Engagements für die Hochkultur; da ist Jean-Pierre Léaud, der brennende bellizistische Vorträge mit

Zivilisation verwechselt; und schließlich ist da Hunuman Knüch, der dem Krieg – im Namen seines kulturalistischen Artenschutzprogramms – ethnische Graugänse abgewinnen will.

Richard Schubert, der 35jährige Ethnologe (Schriftsteller, Journalist, Kabarettist, Cartoonist ...), weiß genau, wovon er spricht: Kulturalismus ist nicht nur zynisch; er kann auch tödlich sein. *Freitag in Sarajevo* ist nicht zuletzt deswegen ein wichtiges Stück politischer Literatur.

mh

KETTENMIGRATION DER MAULWÜRFE?

Desa Muck: Welche Farbe hat die Welt? Illustrationen von Branka Schwarz

Mohorjeva/Hermagoras: Klagenfurt/Celovec – Ljubljana/Laibach – Wien/Dunaj 2003; 32 Seiten, € 14,50

Rosi und Peter sind zwei Maulwurfskinder. Und die beiden sind unersättlich, am liebsten essen sie Regenwürmer. Aber sie sind auch sehr neugierig, und so fragen sie sich schon seit langem, wie denn wohl die Welt da draußen, an der Erdoberfläche, aussieht. Sie kennen die Welt nämlich nur unter der Erde, denn dort sind sie zu Hause. Und so machen sich die beiden Maulwurfskinder eines Tages auf, die Welt zu entdecken. Sie stellen fest, daß es da ja noch eine Menge anderer Tiere gibt, die alle an der Erdoberfläche leben, und daß die Welt noch eine Reihe anderer Farben hat als lediglich das Schwarz, das sie bisher kannten.

Welche Farbe hat die Welt? ist ein Buch für Kinder bis acht Jahre. Das Besondere an dem Band, der im Kärntner Verlag *Hermagoras/Mohorjeva* erschienen ist: Er ist das erste Kinderbuch, das in Österreich sowohl in Deutsch als auch in den Sprachen aller sechs anerkannten Volksgruppen publiziert wurde. *Welche Farbe hat die Welt?* können Kinder somit auf slowenisch, burgenlandkroatisch, ungarisch, tschechisch, slowakisch, romanes und deutsch lesen.

Die beiden Neulinge waren überwältigt von der Farbenpracht einer Welt, die sie bisher nicht gekannt hatten. Aber sie mußten bald auch mit einem weiteren Phänomen Bekanntschaft machen, das für sie bisher unbekannt geblieben war: Fremdenhaß. Einige Tiere fürchteten um ihre Nahrung, daß die beiden Maulwürfe ihnen davon etwas wegessen könnten und daß den beiden, die eben mal kurz die Erdoberfläche sehen wollten, weitere Maulwürfe folgen könnten. Neben dieser Abneigung ihnen als Fremden gegenüber mußten die beiden Maulwurfskinder aber auch den Spott einiger Tiere einstecken, die sich über ihre Brillen lustig machten – aber Maulwürfe brauchen nun einmal Brillen, um bei Tageslicht sehen zu können.

Unsere Helden bekommen somit einige unangenehme Wahrheiten auf ihrer Entdeckungsreise präsentiert: daß man als MigrantIn bei vielen nicht unbedingt gerngesehener Gast ist und mit Anfeindungen zu rechnen haben muß. Daß man schon einmal wegen seiner Behinderung Spott und Hohn einstecken muß und sich Vorurteilen aus-

gesetzt sieht. Aber auch, daß jedes Tier die Welt in anderen Farben wahrnimmt und daß die eigentliche Farbe der Welt erst entsteht, wenn man sie mit den Augen aller betrachtet.

Gerd Valchars



VERSCHWIEGENES KAPITEL DER POLIZEIGESCHICHTE

Thomas Geldmacher: „Wir als Wiener waren ja bei der Bevölkerung beliebt“

Österreichische Schutzpolizisten und die Judenvernichtung in Ostgalizien 1941-1944

Mandelbaum Verlag: Wien 2003; 180 Seiten, € 17,90

Thomas Geldmacher beschäftigt sich in seiner 2001 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien als Diplomarbeit vorgelegten Forschungsarbeit mit einer Tätergruppe, die vor allem seit Christopher Brownings *Ganz normale Männer* (englische Erstausgabe 1992) untersucht wird – nämlich mit der sogenannten Ordnungspolizei und ihrer Rolle bei der Ermordung von Jüdinnen und Juden während des Zweiten Weltkrieges. Im ehemaligen Galizien waren auch zwischen 25.000 und 30.000 österreichische Polizisten eingesetzt. Die historische Untersuchung der Beteiligung dieser Männer an der „Endlösung“ stand bisher noch aus. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf deren Beteiligung an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den ostgalizischen Städten Drohobycz und Boryslaw. (Eine Landkarte zur Veranschaulichung wäre hier sehr nützlich gewesen.)

Quellengrundlage bildeten für Geldmacher die im Archiv des Wiener Landesgerichts befindlichen Akten der Gerichtsverfahren, die nach Kriegsende gegen die Männer angestrengt wurden. Neben einer Beschreibung der politischen Entwicklung im Generalgouvernement im besetzten Polen und jener der Mikrostrukturen des großdeutschen Besatzungsapparates am Beispiel der Schutzpolizei-Dienstabteilungen versucht Geldmacher der Frage nachzugehen, wie groß der Handlungsspielraum der einzelnen

Protagonisten war und was die individuellen und gruppenspezifischen Antriebe und Motivationsmuster des Verhaltens der Schutzpolizisten bildete. Dieses bestand darin, die jüdische Bevölkerung zu berauben, zu foltern, zu erpressen, zu demütigen, zu mißbrauchen und zu ermorden, ohne, wie es der Befund des Autors nahelegt, in moralischen Zwiespalt zu geraten oder Schuld zu empfinden. Wer waren die Wiener „Kieberger“, die im Oktober 1941 als zukünftige Schutzpolizei-Dienstabteilung Boryslaw vom Wiener Nordbahnhof aus nach Galizien fuhren und deren formaler Auftrag die „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ war? Geldmacher betont die Heterogenität der personalen Zusammensetzung. Es handelte sich dabei selten um glühende Nazi, auch nicht um ideologisch geschulte nationalsozialistische Karrieristen. Die Männer waren vorwiegend Berufspolizisten, die aus dem ländlichen Gebiet in Niederösterreich kamen. Auffallend ist das relativ hohe Alter; die meisten waren um die 40 und hatten bereits den Ersten Weltkrieg als Soldaten miterlebt. Die Männer stammten häufig aus armen Verhältnissen und waren früher Hilfsarbeiter. „Bis August 1942 wurden sie überwiegend zu Hilfsdiensten bei Deportationen und Erschießungen eingesetzt, und erst ab Herbst 1942 begannen die Männer, befehlsmäßig auch selbst Menschen zu ermorden“ (S. 159). Ihren Einsatz in Galizien, zu dem sie sich teilweise freiwillig meldeten und teilweise ab-



Thomas Geldmacher
»Wir als Wiener waren ja bei der Bevölkerung beliebt«
Österreichische Schutzpolizisten und die Judenvernichtung in Ostgalizien 1941-1944
Mandelbaum

kommandiert wurden, nutzten viele von ihnen, um sich skrupellos am jüdischen Eigentum zu bereichern. Als es Anfang 1946 aufgrund von Zeugenaussagen von Überlebenden zu Verhaftungen kam, wurden bei den Hausdurchsuchungen zum Teil „erstaunliche Reichtümer“ sichergestellt.

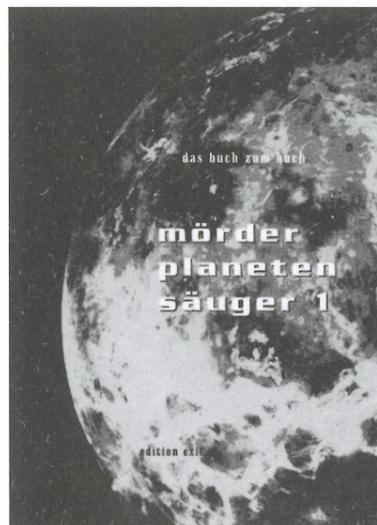
Dieses erste Buch zur Untersuchung der Beteiligung österreichischer Polizisten an der Judenvernichtung in Galizien widmet sich einem bisher verschwiegenen Kapitel der österreichischen Polizeigeschichte, und es bleibt zu hoffen, daß es künftig – auch – bei der PolizistInnenausbildung als Lektüre Verwendung findet.

Elisabeth Malleier

FALLS WIEDER DIESER UNMÖGLICHE FENDRICH ANRUFT ...

Nicolaus Scheibner, Christa Stippinger (Hg.): *mörder planeten säuger. das buch zum buch*

edition exil: Wien 2002; 208 Seiten, € 15,-



Zur Wien-Berlin-Salzburg-Anthologie, die in der *edition exil* in einer Sammler-Auflage von „500 kleinen geilen Stücken“ erschienen ist, schreibt Franzobel: „*mörder planeten säuger 1* ist ein wahres Frischeelixier. Stellen sie mps1 in ihr Klo, und sie brauchen kein Toifx mehr, weil alles erfüllt sein wird von diesem Gefühl nach Frische und Sauberkeit. (...) mps1 ist wie eine Kreuzfahrt durch neue Galaxien, sicher, einiges kennt man schon, nicht immer stößt man auf Planeten mit festen Atmosphären, manchmal begegnen einem auch Mörder, aber säugen kann man sich an allem. Gutes Lesefutter!“

Ist diesem hohen Lob noch etwas hinzuzufügen? Auch die hohe Riege der am Rückentext angeführten bisherigen Kritiker und Rezensenten läßt kaum noch etwas offen. „Erika, komm her, schnell!“ so

Herr Karpfinger Erich oder aber Michelle Konselik: „Das Ende der zeitgenössischen Literatur“.

Betont witzig-sarkastisch ist die Aufmachung, aber was zwischen den Seiten steht, ist durchwegs gut bis sehr gut. Also was tun? Nicht Rezensionen lesen, sondern eines der 500 kleinen geilen Stücke kaufen, das Kleinformat immer dabei haben und genüßlich die Beiträge von Anna Hoffmann, Björn Kuhligk, Petra Lehmkuhl, Ron Winkler, Sandra Löhr, Stefan David Käufer, Tom Schulz (alle Berlin), Erna Holleis (Salzburg), Brigitte Sasshofer, Franz Adrian Wenzl, Michael Mastrototaro, Nikolaus Scheibner, Philip Scheiner (alle Wien) lesen. Dann weiß man auch, was man sagen muß, falls der Fendrich anruft.

Anita Konrad

LEGITIMIERTE ZEMENTIERUNG VON ROLLENVERTEILUNGEN

Elisabeth Holzleithner: *Recht Macht Geschlecht – Legal Gender Studies. Eine Einführung*

WUV Universitätsverlag: Wien 2002; 170 Seiten, € 18,80

Elisabeth Holzleithners Buch kann als eine Einführung in die Legal Gender Studies gesehen, wie auch als pointierte, für den oder die juristische Laien/in ebenso verständliche Darstellung eines Rechtsdiskurses über Geschlechtszugehörigkeit und die damit verbundene Verteilung von Freiheiten, Ressourcen und Verantwortung gelesen werden.

Das Buch ist im Rahmen des Wahlfachbereiches „Frauen- und Geschlechterforschung“ aus dem Modul „Konstruktionen von Gleichheit als Hauptmaßstab des Geschlechterverhältnisses“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien entstanden. Während sich die ersten Kapitel mit den verschiedenen Aspekten der Gleichstellungspolitik und -rechtsprechung befassen, widmen sich die beiden letzten Kapitel unterschiedlichen Facetten der sexuellen Autonomie. Dabei wird eine der zentralen Fragen der Legal Gender Studies behandelt, nämlich welchen Bedrohungen – in Form von Vergewaltigung und Verdinglichung – das Recht auf sexuelle Autonomie ausgesetzt ist. Im Schlußkapitel werden der Geschlechtskörper und sein Begehren einer Analyse unterzogen, wobei die grundlegenden Aspekte wie Geschlecht und Identität sowie die dazugehörigen gesellschaftlichen und rechtlichen Konstrukte hinterfragt werden. Die einzelnen Kapitel beleuchten auf unterschiedliche Art die Funktion, die Recht in der Gesellschaft hat, und zeigen deutlich auf, wie sehr Recht Aus-

druck und Abbild der jeweiligen Politiken sein kann.

Ein Auszug aus der Einleitung stellt das Anliegen der Autorin dar: „Das vorliegende Buch versteht sich als Versuch, im Kontext eines potentiell stark aufgeladenen Themas zur Reflexion einzuladen. Sein Text ist von der Vorstellung getragen, daß es in modernen Rechts- und Verfassungsstaaten eine genuine Aufgabe des Rechts ist, die gleiche Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. (...) Ich werde mich nicht scheuen, für jene Konzepte zu plädieren, die mir in der rechtspolitischen Debatte und bei der Interpretation von rechtlichen Vorgaben im Sinne der Gleichheit der Geschlechter und der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit als aussichtsreicher erscheinen.“

Was sich durch das ganze Buch zieht, ist die Diskussion um die Festschreibung der Frau als die Hauptzuständige für das Private. Die Autorin hebt die zentrale Bedeutung der Differenzierung zwischen dem „natürlichen Geschlecht“ (Sex) und dem „kulturellen Geschlecht“, den Geschlechterrollen (Gender), hervor und bestätigt gleichzeitig, daß das Recht das biologische Geschlecht mit dem kulturellen verknüpft. Eine der zentralen Fragen der Gesetzgebung ist es bzw. sollte es sein, die unterschiedlichen Regelungen, die es für Männer und Frauen sehr wohl neben dem Gebot der Gleichheit und dem Verbot von Vorrechten gibt, zu begründen. So

kann es auch passieren, daß Gesetzgeber – soweit es ihr Gestaltungsspielraum zuläßt – zu einer legitimierten Zementierung von Rollenverteilungen zwischen Männern und Frauen beitragen.

Eines ist Elisabeth Holzleithner sicherlich gelungen, nämlich durch ihre Darstellung der verschiedenen Inhalte der Legal Gender Studies zu einer reflektierenden Betrachtungsweise einzuladen: durch eine klare Begriffsbestimmung, ausführliche Rechtsdiskurse mit Bezug auf Legitimität, Demokratie und Geschlechterverhältnisse, belegt mit Beispielen und einem historischen Ablauf, und einer Diskussion der zwei zentralen Schlagwörter „Quotenregelung“ und „Gender Mainstreaming“. Ob sie auch zu einer „Entladung des Themas“, wie Holzleithner es in ihrer Einleitung formuliert, beigetragen hat – das sei dahingestellt. Vor allem dann, wenn die Autorin anhand der ausgewählten Beispiele zeigt, daß es bei Recht bzw. Rechtsprechung stets darauf ankommt, ob und wieweit man es einsetzt und welche Konsequenzen es im jeweiligen Kontext für Frauen und Männer hat. *Recht Macht Geschlecht* ist ein Buch, das nicht nur aufgrund seiner Verständlichkeit und umfassenden Darstellungsweise der Legal Gender Studies empfehlenswert ist, sondern auch anregt, die eigenen Positionen im rechtlichen Kontext zu durchleuchten und die Frage nach der eigenen Macht (losigkeit) zu stellen ...

Theodora Manolacos

„SO ERLEBEN WIR UNSERE SITUATION“

Ina Beyer: *Unser Kind ist ein Geschenk*

Türkische Familien mit einem geistig behinderten Kind in Deutschland

Herausgegeben von der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.

Zweisprachig türkisch-deutsch; Bestellnummer: LER 515-215

Marburg 2003; 48 Seiten, € 5,-

Türkische Familien, vor allem Mütter, erzählen von ihrem Leben in Deutschland mit einem behinderten Kind. Als MigrantInnen hier zu leben ist nicht leicht. Mit einem behinderten Kind wird die Situation noch konfliktreicher. Sie sprechen über ihre Hoffnungen, Erfahrungen, Schwierigkeiten und Freuden, um anderen türkischen Familien zu zeigen: „Ihr seid nicht allein, ihr könnt wie wir diese Schwierigkeiten bewältigen!“, und um all denen, die mit ihnen und ihren behinderten Kindern

Kontakt haben und arbeiten, zu sagen: „So fühlen wir, und so erleben wir unsere Situation!“

Die Zusammenarbeit zwischen Eltern und den MitarbeiterInnen in Einrichtungen und Diensten ist oft schwierig. Beide Seiten wissen zu wenig über den kulturellen und gesellschaftlichen Hintergrund der jeweils anderen. Das Buch will eine Brücke schlagen für mehr Verständnis auf beiden Seiten.

red



ZUR STRATEGIE DER „VERUNEINDEUTIGUNG“

Antke Engel: Wider die Eindeutigkeit

Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik und Repräsentation

Campus Verlag Frankfurt/M., New York 2002; 255 Seiten, € 35,90

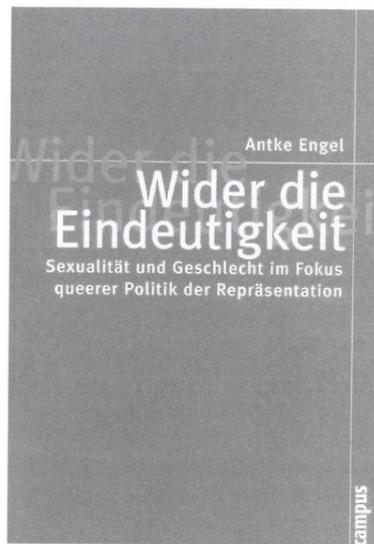
„Wider die Eindeutigkeit“ lautet – wenn es nach Antke Engel geht – das Gebot der Stunde, um der weitreichenden gesellschaftlichen Normalisierung und Hierarchisierung im Bereich der Kategorien Geschlecht und Sexualität entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck schließt sie die oftmals aneinander vorbei arbeitenden Stränge feministischer und queerer Theorie und Politik kurz und führt sie in ihrer queer/feministischen Position zu einem effektiven Werkzeug der Intervention in identitätslogische und Ausschlüsse produzierende Mechanismen zusammen.

Antke Engel begnügt sich jedoch nicht mit deren Analyse; vielmehr zielt ihre Arbeit darauf, auszuloten, inwiefern ihre queer/feministische Strategie der „VerUneindeutigung“ weitreichende soziale und politische Veränderungen mit sich bringen kann. Große Hoffnungen ruhen dabei auf dem Begriff der Repräsentation und seiner produktiven, wirklichkeitsverändernden Funktion, der ermöglichen soll, in die Bedingungen der

Herstellung von hegemonialen Positionen einzuwirken. Veränderte Vorstellungen als Auswirkungen dieser Interventionen sollen sich nicht nur auf konkrete Existenzweisen und Selbstverhältnisse sowie auf die Erweiterung von „Lebbarkeitsfeldern“, sondern auch auf gesellschaftliche Strukturen und Institutionen erstrecken und damit Veränderungen im Feld des Rechts, der Medizin, der Ökonomie usw. bewirken.

Was bisher leider kaum vorstellbar war, nämlich daß beispielsweise das Rechts- oder Medizinsystem ohne die geschlechtliche Markierung von Menschen auskommen könnte, rückt mit Antke Engels überzeugenden Ausführungen zumindest gedanklich ein großes Stück näher.

Wider die Eindeutigkeit ist zwar nicht gerade eine leichte U-Bahn-Lektüre, empfehlenswert aber allemal. Neben einem tollen Überblick über aktuelle Debatten im Bereich feministischer und queerer Theorien wird auch ein vielver-



sprechender Ansatz entwickelt, der über diese hinausgeht.

Sushila Mesquita

„THEY CALL ME A BEATNIK POET“

Ruth Weiss: full circle – ein kreis vollendet sich

Herausgegeben von Christa Stippinger

edition exil: Wien 2002; 188 Seiten; € 13,50

Ruth Weiss, die legendäre Dichterin der Beatgeneration, wurde 1928 in Berlin als Kind jüdisch-österreichischer Eltern geboren. Die Familie flüchtete 1933 nach Wien, 1938 in die USA. 1998

kehrte Ruth Weiss zum ersten Mal nach 60 Jahren nach Wien zurück. Seither hat sie Wien immer wieder besucht und veröffentlichte 2002 in der *edition exil* ein Buch, das neben einem Gespräch mit der Herausgeberin drei Texte in Englisch und Deutsch (Übersetzung: Christian Loidl) enthält. Sie bearbeitet und reflektiert darin literarisch die Flucht, ihre Rückkehr, das Wiederfinden der Orte und Freunde ihrer Wiener Kindheit, ihr Leben in den USA und ihre Entwicklung als Künstlerin.

„torch-song for prometheus – fackel Lied für prometheus“, ein Dialog mit der Prometheus-Statue im Foyer des Wohnhauses ihrer Großmutter, entstand nach Ruth Weiss' erstem Besuch. Bereits als Kind war Weiss davon fasziniert, sie empfand Mitleid mit der in Ketten gelegten Steinfigur und träumte noch in den USA oft von ihr. Daß er, der den Göttern das Feuer stahl, der Patron der Dichter ist, habe sie erst kurz vor ihrem Besuch erfahren.

In „single out – rausgeholt“ und „full circle – ein kreis vollendet sich“, zwei Texten in lyrischer Prosa, erzählt sie die Erlebnisse ihrer Flucht aus Österreich,

die Lebensgeschichte ihrer Eltern und ihr eigenes Leben in den USA. Der Vater konnte als Zivilist im Zuge der amerikanischen Besetzung Deutschlands zurückkehren, Ruth Weiss und ihre Mutter kamen als amerikanische Staatsbürgerinnen nach. Sie beendete die Schule in der Schweiz und entschied sich 1948, nach Rückkehr in die USA, für die Literatur. Zuerst in Chicago, dann in San Francisco entstanden ihre ersten Performances aus Jazz und Literatur.

Sie selbst würde sich am ehesten als Jazz-Poetin bezeichnen, bekannt wurde sie jedoch als Beatnik-Poetin und wurde als „unbestritten die weibliche Stimme der Beatgeneration“ gefeiert. Daß die Dichterin, Performancekünstlerin, Dramatikerin, Filmemacherin und Schauspielerin nur schwer in Kategorien einzuordnen ist, wird im Interview mit der Herausgeberin mehr als deutlich. Ebenso, daß sie wohl gerade daraus ihre Kraft und Energie schöpft, mit der sie an neue Projekte und Experimente herangeht. Kurzum, *full circle – ein kreis vollendet sich* ist eine faszinierende literarische Autobiographie.

Anita Konrad

IM JULI 2003

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn das zarte Pflänzlein unserer Partei aufgrund der allgemeinen Lage mehr und mehr verdorrt und wir auch finanziell schön langsam austrocknen, während der Chef und das Haupt untereinander streiten, wer denn nun wirklich die Nummer eins ist, und dabei auch nicht mit Untergriffen sparen. Der Chef erzählt überall, das Haupt habe ihm sein deutsches Wort gegeben, sich zu schleichen – und halte sich nun nicht daran. Das Haupt wiederum redet die ganze Zeit, daß er, über andere will er nicht sprechen, daß er jedenfalls gesund sei, was heißt gesund: pumperlgesund! Und damit das jeder nachlesen kann, hat er seine Befunde ins Internet gestellt. Da sind bei den Millionen Zugriffen auf seine Homepage wohl die Leitungen zusammengebrochen.

Huch, da ist es ja, das Wort! Ich hab's ja ursprünglich gar nicht gekannt, und wie ich es zum ersten Mal gelesen habe, ist es mir gleich schmutzig vorgekommen. Ich hab' geglaubt, das englische Wort Homepage ist die Übersetzung von Homo-Page, also Lustknebe in Ritterrüstung. Aber dann bin ich aufgeklärt worden: es heißt Selbstbeweihräucherung auf elektronisch und ist im Moment sehr modern. Kein Wunder, daß auch der Finanzminister, der uns so schmählich im Stich gelassen hat, so eine Homepage haben wollte.

Aber als Finanzminister ist er es gewohnt, daß immer die anderen für ihn zahlen, und so hat er schnell mit Leuten aus seinem Kabinett einen Verein zur Förderung der New Economy gegründet, damit die Industriellenvereinigung auf dessen Konto 175.000 Euro spenden kann, auf daß nicht „Politik für den kleinen Mann“ gemacht wird – was unseren Arbeiterführer Prinzhorn in tiefster Seele empört hat.

Der Karl-Heinz Grasser fühlt sich ja zunehmend als Marke – das heißt, er denkt: Ihr könnt alle meine Rückseite lecken, ich bin der KHG. So hat er sich von Kumpeln eine Homepage basteln lassen, auf die er viele private Fotos gestellt hat. Auf einem dieser politischen Informationsangebote war er als Kind zu sehen, was viele RentnerInnen schwelgerisch träumen läßt, auf einem anderen Objekt der Selbstdarstellung ist viel Lammetta zu sehen und ein Christbaum, den er gerade abräumt – da hat er sicher schon als Kind für seine Steuerpolitik geübt. Sein Staatssekretär Finz, wohl ein überaus innovativer Mensch, hat ihm bestätigt, daß da steuermäßig alles in Ordnung war. Warum, habe ich zwar nicht verstanden, aber bei diesem Persilschein ist mir eine gute Idee gekommen.

Ich habe mit meinen Verwandten nämlich auch einen Verein gegründet: den „Verein für verstärkte Förderung von noch mehr New Economy“, das behördliche Genehmigungsverfahren ist im Laufen, und wenn alles okay ist, geh' ich zur Industriellenvereinigung und hol' mir die Förderung ab. Momentan bin ich damit beschäftigt, eine Homepage von mir zu errichten. Eine schöne Überschrift hab' ich schon: „Kahlauer – ein Garant der Zukunft!“ Das fetzt! Gut, daß ich so viele Fotos aus meinem Leben habe. Ein Bild zeigt mich in Windeln auf einem Bärenfell. Auf einem anderen reiß' ich gerade einem Frosch die Haxen aus – ich war immer schon gegen die Grünen. Auf dem mir liebsten Foto bin ich auf dem Victor-Adler-Markt, und der Chef gibt mir gerade die Hand (leider schaut er dabei in eine andere Richtung). Und auf einem anderen nehm' ich einem blinden Bettler einen Euro aus der Mütze, was mich eigentlich auch schon zum Finanzminister qualifiziert. Und wie die brillantinöse Mutter Teresa aus der Himmelportgasse werd' ich dann verkünden, daß ich mit dem Geld von Vorträgen, zu denen ich ja sicher dann eingeladen werde, stiften gehe. Wahrscheinlich auf die Malediven.

Und was war sonst? Der Abfangjägerkauf ist gelaufen wie geschmiert, Geld hat keine Rolle gespielt – dafür haben wir die Pensionsreform durchgebracht. Der Wirtschaftsminister Rabattenstein hat in einem Schuhgeschäft erfolgreich um Prozente gefeilscht – nur so wird man vielfacher Millionär. Das ORF-Protektionskind Stefan Gehrler, der von seiner Mutter immer als „Unterrichtsmministerin Gehrler“ spricht, hat in

der Pfingstmontags-ZiB die Musikwissenschaft bereichert, indem er vom „Barockkomponisten Franz Liszt“ sprach – wahrscheinlich hat ihm die Alte bei der Erziehung auch einige Bildungstunden weggekürzt. Ein kurzzeitiger FPÖ-Kandidat für die vorletzten Wiener Gemeinderatswahlen hat 6000 Citroën-Autos bestellt, und der Innenminister hat in einer kleinen Feier die ersten 30 Gratisfahrzeuge übernommen – eh klar, daß man ihm die schenkt, weil er der Strasser ist. Das Blöde bei Gratisautos ist nur, daß man da nicht an Gegengeschäften verdienen kann wie bei den Abfangjägern, also mitschneiden. Die Männersektion VI/6 im Sozialministerium hat nach Jahren ein erstes Lebenszeichen gegeben und in einer Aussendung mitgeteilt, daß Männer häufig Scheidungopfer sind. Die Benito muß schwer krank sein, weil sie schon seit Monaten in kein Fettnäpfchen getreten ist. Und weil sie dem Klestil ja alles nachmacht.

Das größte Problem ist aber die innere Lage. Wenn das Hauen und Stechen weitergeht, werden wir noch den Reinhard Gaugg als Parteiobmann reaktivieren müssen. Im Moment reden unsere Kapazunder ja von der Doppelspitze Haiderhaupt. Aber das kommt auch nicht gut an. Im Wirtshaus schreit der Genosse Rotlauf, der wieder Oberwasser hat, weil die Spargelsaison vorbei ist, daß er auf die Doppelspitze schießt, er will lieber einen Spitzendoppler. Und ich frag' mich auch schön langsam, ob ich nicht meine Mitgliedsbücher beim ÖAAB, beim Wirtschaftsband und beim Bauernbund wieder suchen sollt'. Sie sind, glaub' ich, in der untersten Lad'.



Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck

P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 47

Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt

Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

Rücksendeadresse:

Initiative Minderheiten
Gumpendorferstraße 15/13
A-1060 Wien



WIENER INTEGRATIONSFONDS



Wien
STADTPLANUNG WIEN



Bureau de poste
A-9020 Klagenfurt
(Autriche)
Taxe perçue – Envoi à taxe réduite